

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 31. Dezember 1898.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 30 J

Redaktion und Expedition:

Nürnberg, Weigenstraße Nr. 12.

Inhalt: Zum Jahreswechsel. — Die Arbeiterjahrs-gesetzgebung in Australien. — Zur Frage der Arbeitslosen-unterstützung. — Organisation der Feilenindustriellen Mittel-deutschlands. — Die zur Erzeugung elektrischen Stromes dienende Dampfkraft in Preußen im Jahre 1898. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Metallarbeiter in Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck. — An die Verwaltungsstellen des D. M.-V. in Schlefien und Posen. — Technisches. — Gerichtszeitung. — Vermischtes. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Formern nach **Dielefeld** (Temperformer, Firma Wiltz, Kramer) Str., nach **Halle a. S.** (H. Jacobi in Büsch-dorf b. D.), nach **Hedersdorf** (Ditte u. Söhne) W.;
- von Feilenbauern z. nach **Frankenthal**, **Spyner**, **Mannheim** u. **Ludwigshafen** S., nach **Landsberg** a. d. Warthe (Kempke), nach **Lübeck** (Frau Underjohn), nach **Halle a. S.** (Ummendorfer Feilen- u. Maschinen-fabrik) St., nach **Stuttgart** (Firma Wehrle u. Co., Joh. J. Stern);
- von Klempnern nach **Düsseldorf** (Springorum) St.;
- von Metall- u. Kompositionsschlagern nach **Fürth**;
- von Schlossern nach **Duisburg** (Eisenmöbelfabrik von Karl Barnag);
- von Drehern und Hoblern nach **Braunschwieg** (Aug. Wiltz) H., nach **Cresfeld** (Schürds) v. H.;
- von Brillen- und Pincenezarbeitern nach **Rathenow** (H. Penne) D.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu unsiden sind; v. St. heißt: Streit in Aus-sicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; H.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Zum Jahreswechsel.

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns, ein Jahr der wichtigsten Ereignisse auf allen Gebieten und in aller Welt. Als es begann, tobte jenseits des Kanals nach monatelanger Dauer noch mit ungeminderter Schärfe ein uns sehr nahe berührender Niefenkampf zwischen Arbeit und Kapital in der Maschinenindustrie, der mehrere Wochen später mit der Niederlage der proletarischen Heldenkämpfer endete. Der Kampf und sein Ausgang waren Ereignisse von großer internationaler Bedeutung und wurden dementsprechend auf allen Seiten gewürdigt. Für uns besonders lehrreich ist, daß seitdem der Gewerksverein der englischen Maschinenbauer sich kräftig weiter entwickelte und entfaltet und daß die Maschinenbauer seitdem unter dem Einflusse der eingetretenen wirthschaftlichen Prosperität ohne Schwierigkeiten nicht unerhebliche Lohnerhöhungen durchsetzten.

In Deutschland hat der 1898 eingetretene wirthschaftliche Aufschwung im Allgemeinen ungeschwächt fortgedauert und erheben sich am Schlusse des Jahres insbesondere die Eisen-, Maschinen- und Kohlenindustrie einer blühenden Geschäftslage mit reichlichen Aufträgen und guten Preisen. Die Konzentration des Kapitals in Gestalt großer Neugründungen von Aktien-Gesellschaften, Fusionen von Großbetrieben, Errichtung von Kartellen, Konventionen und Syndikaten hat weitere erhebliche Fortschritte gemacht, ebenso natürlich auf der andern Seite die Vermehrung der proletarischen Arbeiter-armee, der Lohnarbeiter, deren Zahl etwa 10 Mill. beträgt, aber immer noch zu klein ist, wie die fortwährenden Klagen über „Arbeitermangel“ beweisen. Für die deutschen Kapitalisten war das Jahr 1898 ein so gold- und segensreiches, ein wahres Jubeljahr, daß sie hier und da selbst erklärten, sie seien „mit dem Geschäft zufrieden“, was bei dem weitverbreiteten unerlässlichen Goldhunger schon etwas heißen will. Die Arbeiter hatten meist genügende Beschäftigung und verdienten bei viel Ueberarbeit etwas mehr, als sie in gewöhnlicher Arbeitszeit verdienen würden, aber

Lohnerhöhungen sind in nur wenigen Fällen eingetreten. Die Lohn- und Streikbewegungen haben offenbar nicht den Umfang erreicht, wie 1897, wenigstens nicht bei den Metallarbeitern und soweit sie stattfanden, haben sie mit Ausnahme von Torgelow einen ruhigen Verlauf genommen. Die Vorgänge in Torgelow sind seiner Zeit in diesem Blatte ausführlich dargestellt und auch die Schuld der Fabrikanten wie der Hirsch-Dunderschen Musternadeln an denselben beleuchtet worden.

Gleich nach Neujahr brachte ein Ereigniß große Aufregung in die Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, nämlich der Posadowsky'sche Erlaß an die Bundesregierungen, der sich gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter richtet und am 15. Jan. 1898 im Berliner „Vorwärts“ veröffentlicht worden war. Der Erlaß redet in der bekannten Schreibweise dieser Herren von „erhöhtem Schutz gegen Mißbrauch der Koalitionsfreiheit“, vom Schutz der „arbeitswilligen Personen gegen Vergewaltigung und Einschüchterung seitens der „Ausständigen“ und stellt sodann eine Reihe von Fragen auf, die alle darauf hinauslaufen, Material zu beschaffen, um dem in Bezug auf die Arbeiter — selbstverständlich nicht auch im Hinblick auf die Unternehmer — verhassten Koalitionsrecht ein Ende zu machen. Mit Recht konnten die sozialdemokratischen Arbeitervertreter im Reichstage, wo sie den Erlaß zur Sprache brachten, darauf hinweisen, daß er nur das Echo der Kaiserrede sei, die in Dielefeld gehalten worden und Jeden mit der schwersten Strafe bedroht, der die „Arbeitswilligen“ an der Aufnahme der Arbeit hindert. Herr Posadowsky suchte, gute Miene zum bösen Spiele machend, seinen Geheim-Erlaß als eine harmlose Anfrage hinzustellen; er gestand aber gleichzeitig zu, daß der Erlaß auf Wunsch der Unternehmer er-gangen und eine der schlimmsten Stellen sogar wörtlich einer Eingabe der Baugewerksmeister-Innung entnommen sei.

Posadowsky erklärte im Reichstage gegenüber den Sozialdemokraten, wir möchten sagen, mit wahren Galgenhumor, daß er mit diesem Erlaß als Wahl-manifest der Regierung vor die Wähler treten werde; während der Wahlbewegung obfiegte bei ihm aber offenbar doch die „höhere staatsmännische Einsicht“, daß ein solcher reaktionärer, arbeiterfeindlicher Erlaß kein „zügiges“ Wahlmanifest sei und er erließ sodann den bekannten „Wahlbrief“, der den Ordnungsbrei der bürgerlichen Parteien anrührte, in dem die Sozialdemokratie erstickt werden sollte.

Ein Wahlmanifest war der Posadowsky'sche Erlaß, allerdings aber im gegentheiligen Sinne, ein Wahl-manifest der Regierung in den Händen der Sozialdemokraten, die in allen Theilen des weiten deutschen Reiches den Arbeitern mit dem Erlaß zeigten, wie sich die Regierung gegen sie stellt, welche schwarzen Pläne sie gegen eines ihrer wichtigsten Rechte hegt und wie die „väterliche Fürsorge“ der Herren in Berlin für die Arbeiter aussieht. Die Sozialdemokraten haben denn auch damit Erfolg gehabt, wie der Wahlausgang zeigt, nicht aber der Herr Posadowsky als vielseitiger Minister. Die sozialdemokratische Partei erfuhr am 16. Juni bei der Reichstagswahl gegenüber 1893 einen Stimmenzuwachs um 332,084 auf 2,113,073 und eine Mandatvermehrung von 48 auf 56; sie erzielte also einen großartigen Erfolg, bei dessen Würdigung man den in hunderterlei Gestalt auf die Arbeiter, Bauern, kleinen Geschäftsleute, Beamten zc. von den Besitzenden und Herrschenden ausgeübten rücksichtslosesten und brutalsten Terrorismus nicht vergessen darf. Das ist eben das Interessante, daß dieselben Leute, welche das ganze Jahr hindurch den Mord nicht voll genug nehmen konnten von dem angeblichen Terrorismus der organisierten Arbeiter, ihrerseits in That und Wahrheit die schlimmsten

und brutalsten Terroristen sind. Die sozialdemokratische Partei steht mit ihrer Stimmenzahl weitaus an der Spitze aller Parteien; sie steht mit 662,000 Stimmen über dem Zentrum, mit 382,073 Stimmen über den beiden konservativen Parteien, Antisemiten, Bund der Landwirthe und Bauernbund zusammen und endlich mit 221,073 Stimmen über den vier liberalen Parteien zusammengenommen. Die Antwort der Regierenden war die Veranstaltung einer polizeilichen Erhebung in Preußen über die Ursachen des gewaltigen Wachstums der Sozialdemokratie. Um diese zu ergründen, bedurfte eine moderne, auf der Höhe der Zeit stehende Regierung keiner Erhebung, denn die Gründe liegen zu einem großen Theil bei ihr, der Regierung und ihrem System selbst und sodann in dem ganzen Komplex unserer Verhältnisse, die ein mittelmäßig heller Kopf ohne polizeiliche Führung erkennt. Aber wir haben eben keine modernen, sondern nur mehr oder weniger noch in der Vergangenheit wurzelnde und lebende Regierungsleute, denen für die wichtigsten Erscheinungen ihrer Zeit jedes Verständniß fehlt und die daher geringere Posten bekleiden sollten.

Ein weiteres Ereigniß, das im Zusammenhang mit der Dielefelder Rede und mit dem Posadowsky'schen Erlaß steht, war die am 6. September in Deynhausen gehaltene kaiserliche Bankettrede mit der Ankündigung der Zuchthausstrafe für die Verhinderung von „Arbeitswilligen“ und für die „Anreizung zum Streik“. Die Erregung der Arbeiterschaft über den Posadowsky-Erlaß war durchaus noch nicht geschwunden. Denn um sie lebendig zu erhalten, dafür sorgten die drakonischen Gerichtsurtheile gegen streikende Arbeiter, welche Streikbrechern gegenüber sich nicht buchstäblich an Knigge hielten. Daher wirkte die Zuchthausankündigung auf die deutsche Arbeiterschaft wie das Oel auf Feuer, so daß die überall mit gerabezu elementarer Kraft zum Ausdruck gelangte Erregung und Entrüstung der Arbeiter die kapitalistische Hegepresse, die erst die Zuchthausankündigung als eine „erlösende That“ feierte, veranlaßte, abzuwiegeln und die Deynhauser Rede abzuschwächen und nun gar von „sozialdemokratischer Hegelei“ zu reden, weil die Worte genommen wurden, wie sie gesprochen worden sind. Bei der Eröffnung des Reichstages am 6. Dezember widmete die Thronrede wiederum dem „Terrorismus gegen die Arbeitswilligen“ mehrere Sätze und gegenwärtig soll die schöne Zuchthausvorlage noch, wie schon vor Monaten in Vorbereitung sein.

Die Reaktion ruhte noch nicht, solange das neue deutsche Reich besteht und sie war noch nie weder bescheiden noch schüchtern. Zu der Hege gegen das Koalitionsrecht gefellte sich nach der Reichstagswahl die Hege gegen das Reichstagswahlrecht, dessen Anfeindung während der Wahlbewegung von denselben Volksfeinden mit frecher Stirne betritten wurde. Ohne Lug und Trug, Charakterlosigkeit und Volksverrath hat noch kein Reaktionär sein gemeingefährliches und gemein-schädliches Ziel erreichen können. Neue Nahrung gab den reaktionären Volksfeinden das von einem italienischen Scheusal in Genj verübte Attentat, das, wenn es eine politische Bedeutung hat, dann die denkbar schwerste Auflage gegen die unfähigen und korrupten italienischen Regierungsmänner ist, die Land und Volk in verbrecherischer Weise verwahrlosten und verlottern und stets nur auf den eigenen persönlichen Vortheil bedacht sind. Im Frühjahr war Italien der Schauplatz von zahlreichen Hungerevoluten, die im Mai in Mailand den Charakter einer Revolution annahmen. Die Folge waren massenhafte Verhaftungen und schändliche Verurtheilungen, kurz, das Gewaltregiment und die Schredensherrschaft in höchster Potenz; Säbel, Flinte, Kanonen und Zuchthäuser sind die höheren Wahrzeichen der „modernen Staatssicherheit“, in Italien wie in Deutschland und anderwärts.

Eine gute Lehre hat das verkommene italienische Regime weder aus den inländischen Hungerrevolten noch aus dem Genfer Attentat gezogen; was es that, war die Einberufung der internationalen Anarchistenkonferenz nach Rom, welche das Kunststück fertig bringen sollte, alle aus dem Boden der bestehenden Wirtschaft- und Staatsordnung erwachsenden Erscheinungen durch das Allermittelsmittel der Polizei im Interesse der Herrschenden zu korrigieren, ohne dieser Ordnung oder Unordnung auch nur im Mindesten zu Leibe zu gehen. Es ist ja Alles aufs Beste eingerichtet und die beste aller Welten, in der wir leben; was noch thut, ist die Abstreifung der Bosheiten und Begehrlichkeiten der besitzlosen Volksklassen, dann ist der Himmel auf Erden — für die besitzenden und herrschenden Klassen!

Oesterreich ist durch seine alten nationalen Streitigkeiten an den Rand des Abgrundes gekommen, in Frankreich hat der Dreyfus-Standal die bodenlose Verkommenheit des Generalstabes aufgedeckt, Spanien hat, wie vorauszu sehen war, seine großen überseeischen Besitzungen, Kuba und die Philippinen an die siegreichen Vereinigten Staaten von Nordamerika verloren, in Folge dessen zu Ende des Jahres ein karlistischer Aufstand droht.

Ein überraschendes Ereignis des Jahres war ein Friedensmanifest des Kaisers von Rußland, das auf einer internationalen Friedenskonferenz diskutiert werden soll. Die zaristische Kundgebung fand meistens skeptische Aufnahme, da deren Urheber wenig vertrauenswürdig ist. In der That steht Rußland im Begriffe, für einige hundert Millionen Mark neue Kanonen anzuschaffen und die deutsche Regierung legte dem neuen Reichstage eine neue Militärvorlage vor, die bedeutende einmalige und ebenso bedeutende alljährliche Mehrausgaben verursacht. Die deutsche Regierung bleibt sich immer treu. Ende 1897 legte sie auf den Weihnachtstag des Volkes die Marinevorlage, die 1 Milliarde erforderte und Ende 1898 machte sie ein Weihnachtsgeschenk in Gestalt einer Militärvorlage. Als ob der Lauf der Welt in der That nur von dem Lauf der Flinten und Kanonen und von Kriegsschiffen abhängig wäre!

In dieser Welt der Verirrungen, der Verfolgungen und der immer nur auf Völker- und Bürgerkrieg gerichteten Politik der Regierenden erscheint die Arbeiterbewegung als eine belebende und erfrischende Oase in der Wüste, als der einzige Hort und Träger des Friedens und der Kultur. Bestände sie noch nicht, man müßte sie schaffen! Die Arbeiterbewegung hat im verfloßenen Jahre trotz aller und neuer Hindernisse weitere Fortschritte gemacht und die Zahl der organisierten Arbeiter hat offenbar auf der ganzen Linie eine erhebliche Vermehrung erfahren. Die Mitgliederzahl des deutschen Metallarbeiterverbandes betrug Ende 1897 59890, sie hat wohl im Laufe des Jahres 1898 eine Vermehrung um einige weitere Tausend Mitglieder erfahren. Das Tempo der organisatorischen Entwicklung ist nicht befriedigend, allein die dauernde Festhaltung der Arbeiter als Mitglieder in der Gewerkschaft ist auch eine schwierige Sache, die nur durch den inneren Ausbau, durch positive nützliche Einrichtungen erleichtert werden kann. Ohne dieselben bleiben unsere Gewerkschaften auf noch lange Zeit hinaus die bekauften Laubenschläge und gleicht unsere unermüdbare Thätigkeit der unfruchtbaren Arbeit des Sisyphus.

Noch haben wir die Zeit der wirtschaftlichen Prosperität, geringere Arbeitslosigkeit und regelmäßigeren Verdienst, also die günstigen Umstände für die Gewinnung neuer Mitglieder und die leichte Möglichkeit für die Leistung der Mitgliederbeiträge. Wemgen wir sie, um auf 100,000 Mitglieder zu kommen und eine wirkliche, imposante wirtschaftliche Macht zu bilden.

Noch zeigen sich nicht die dunklen Wolken einer Krise am wirtschaftlichen Himmel, aber die Krise kommt dennoch und sie kann im Laufe des neuen Jahres eintreten. Sit sie aber da, dann werden neue Kämpfe auf der ganzen Linie entstehen, Kämpfe, die von den Unternehmern durch Lohnreduktionen, Maßregelungen, Terrorisinas aller Art provoziert werden; Kämpfe, in denen die organisierten Arbeiter durch das Zuchtmaß würde gemacht, zu Boden geschlagen, vernichtet und kampfunfähig gemacht werden sollen; die unorganisierten Arbeiter, die überhaupt nicht kämpfen gelernt, werden dann noch schlechter daran sein.

Das Jahr 1898 war ein erregendes und bewegtes Jahr, das Jahr 1899 beginnt im Zeichen des Zuchtmaßes für die Arbeiter, das ein böses Omen (Vorbedeutung) ist; es wird nicht weniger bewegt verlaufen, wie sein Vorgänger und dürfen wir was auf alle möglichen Dinge gefaßt machen. Aber dennoch hoch den Kopf und frei den Blick nach oben! Kopfhängerei und Entnützung geziehen wir nicht, die wir die Zukunft mit einer neuen Welt erobern wollen.

Darum auch in das neue Jahr hinein mit neuem Muth, neuer Begeisterung und neuer Siegeszuversicht, denn der Gang der Menschheit geht aufwärts trotzdem! Und in diesem Sinne rufen wir unseren Kollegen zu ein fröhliches

Prosit Neujahr!

Die Arbeiterschutzgesetzgebung in Australien.

II.

2. Neuseeland.*)

Die neuseeländische Arbeiterschutzgesetzgebung ist in vielen Punkten fast gleichlautend oder doch dem Sinne nach gleich mit derjenigen von Viktoria. Das Fabrikgesetz von 1894 zerfällt nach einer Einteilung von drei Paragraphen in zwei Hauptabteilungen. Die erste handelt von den Fabriken und Werkstätten, die zweite enthält „Allgemeine Vorschriften“. Das ganze Gesetz umfaßt 83 Paragraphen und trägt den Titel „Fabrikgesetz der Kolonie Neu-Seeland“. Originell und interessant ist die an die Spitze des Gesetzes gestellte Definition („Erläuterungen“) der einzelnen Begriffe, die im Gesetze vorkommen, wie Gesundheitsamt, Kind, Fabrik, Fabrikgesetz, Inspektor zc., die allerdings auch im Gesetze der Kolonie Viktoria enthalten und beiderseits die gleiche ist.

Ueber die Fabrikinspektion wird gesagt: „Der Statthalter wird berartige männliche oder weibliche Fabrik- und Werkstätten-Inspektoren in solcher Zahl bestellen, als zur Durchführung dieses Gesetzes notwendig erscheint und einen oder mehrere auf Grund dieses Gesetzes gebildete Bezirke einem oder mehreren Inspektoren zuweisen. Die Inspektoren können ihr Amt in Verbindung mit einem andern Amte oder einer andern Beschäftigung versehen, sofern es der Statthalter mit den Pflichten eines Inspektors nicht für unvereinbar hält. Ueberdies kann der Statthalter einen Oberinspektor ernennen, welcher in jedem Theile der Kolonie alle Befugnisse und Rechte ausüben kann, die Inspektoren zustehen. Der Statthalter kann desgleichen befugte praktische Aerzte zu ärztlichen Funktionären im Sinne dieses Gesetzes bestellen und kann einem oder mehreren einen oder mehrere auf Grund dieses Gesetzes gebildete Bezirke zuweisen sowie durch Verordnungen, welche zeitweilig veröffentlicht werden, die Gebühren festsetzen, welche derartige Funktionäre einzuhellen berechtigt sind.“

Die Vorschriften über die Benutzung eines Gebäudes, Raumes oder Platzes als Fabrik oder Werkstätte decken sich im Wesentlichen mit jenen im viktorianischen Gesetze. Wer gegen die Einsprüche des Fabrikinspektors einen solchen Raum ohne vorherige Befreiung der bestehenden Mißstände weiter benutzt, wird mit 200—1000 M. bestraft. Der Fabrikinspektor ist befugt, jede Fabrik oder Werkstätte und jeden Raum darin zu allen Tages- und Nachtzeiten zu betreten und zu inspizieren, falls er gegründete Ursache hat, zu glauben, daß darin Jemand beschäftigt ist. Er kann in allen Fällen einen Wachmann bei Ausübung seiner Amtspflicht in den Betrieb mitnehmen. Er kann die Vorweisung der Registrationsbestätigung, von Aufzeichnungen oder Büchern, Registern, Listen oder Dokumenten vom Betriebsinhaber fordern, zu deren Führung der Unternehmer durch dieses Gesetz verpflichtet ist; er kann in dieselben Einsicht nehmen, sie prüfen und abschreiben, ebenso wie jede Aufzeichnung oder jedes Dokument, welches sonst in einem Betriebe zu halten und vorzulegen ist. Er kann jede notwendige Prüfung und Untersuchung vornehmen, um festzustellen, ob die gesetzlichen Vorschriften über die öffentliche Gesundheitspflege oder die Bestimmungen dieses Gesetzes befolgt werden, sofern sie die Fabrik oder Werkstätte und die darin beschäftigten Leute betreffen. Er kann entweder allein oder nach seinem Gutbefinden in Gegenwart einer andern Person im Hinblick auf die Zwecke dieses Gesetzes jede Person, welche er in einer Fabrik oder Werkstätte antreibt, oder vor welcher er gegründete Ursache hat anzunehmen, daß sie innerhalb der letzten zwei Monate in einer Fabrik oder Werkstätte beschäftigt war, vernehmen und verlangen, daß sie derart verhört werde und daß über die Einnahme ein von ihr zu unterfertigendes Protokoll gemäß dem Gesetze vom Jahre 1882 über die Friedensrichter aufgenommen werde. Er kann endlich alle Rechte und Befugnisse geltend machen, welche zur Durchführung dieses Gesetzes notwendig erscheinen. Wer die amtliche Thätigkeit des Fabrikinspektors hindert, wird mit 100 bis 400 M. bestraft.

Das von den Geschäftsinhabern zu führende Verzeichnis muß die Namen aller Arbeiter, für jene unter

20 Jahren auch das Alter enthalten; ferner die Arbeit jeder einzelnen Person und die allen daselbst beschäftigten Personen gezahlten Wochenlöhne. Wie in Viktoria, ist auch in Neuseeland eine Bekanntmachung über Namen und Adresse des Fabrikinspektors, des ärztlichen Funktionärs, des Gesundheitsamtes sowie über die Feiertage und Arbeitsstunden der Fabrik anzuschlagen. Ueber die Heimarbeiter ist ebenfalls ein genaues Verzeichnis zu führen, auch über die Arbeit, die sie machen und über den Lohn, den sie dafür erhalten. Von Heimarbeitern angefertigte Kleidungsstücke oder sonstige Objekte müssen einen Zettel tragen, welcher besagt, daß der Artikel in einer Privatwohnung und nicht in der Fabrik oder Werkstätte angefertigt ist. Die Nichtbefolgung dieser Vorschrift wird mit 200 bis 400 M. bestraft. Das Mitnahmehaushalten von Arbeit an Fabrik- oder Werkstättenarbeiter ist verboten; der Unternehmer, der das Verbot übertreibt, wird mit Geldbuße bis zu 200 M. und die Person, welche die Arbeit verrichtet, mit einer solchen bis 100 M. bestraft.

Sehr ausführliche Bestimmungen enthält das Gesetz über die Anbringung von Schutzvorrichtungen an Transmissionen, Resseln, Drotchen, Maschinen zc. Schwere Unfälle sind binnen 24, leichtere binnen 48 Stunden der Behörde anzuzeigen. Ueber die Beschaffenheit der Arbeitsräume, über Luft, Licht, Reinlichkeit, Nothtreppen, Doffnung der Thüren und Offenhalten der Thore, über Staubableitung zc. enthält das Gesetz ausführliche Vorschriften. Es bestimmt ferner daß jugendliche (von 14 bis 18 Jahren) und weibliche Arbeiter in einer Fabrik oder Werkstätte nur an halben Arbeitstagen ununterbrochen länger als 4 1/2 Stunden beschäftigt werden dürfen; an ganzen Arbeitstagen ist eine 1/2 stündige Pause zum Essen einzuhalten. Jugendlische (unter 16 Jahren) und weibliche Arbeiter dürfen ihre Mahlzeiten in keinen Raum der Fabrik oder Werkstätte mitnehmen, worin ein Erzeugungsprozeß oder Gewerbe im Gang ist, beziehungsweise wo in diesem Betriebe beschäftigte Personen zur gleichen Zeit ihre Arbeit leisten oder während eines Theiles des Tages gearbeitet haben, es sei denn, daß die betreffende Fabrik oder Werkstätte offen gebaut ist und der Inspektor bestätigt, daß sie von dieser Vorschrift befreit wurde. In Rücksicht auf diese Bestimmungen wird vorgeschrieben, daß der Besitzer jeder Fabrik oder Werkstätte, welcher mehr als 6 jugendliche oder weibliche Arbeiter beschäftigt, einen geeigneten Raum in der Nähe des Betriebes als Speiseraum einzurichten hat.

Für die Bäckereien und Hammelscheerer enthält das Gesetz eine ganze Reihe besonderer Schutzbestimmungen, ferner über den Ausschluß jugendlicher Arbeiter von einer Anzahl gefährlicher Arbeiten, im Versilbern oder Quecksilberbelegen von Spiegeln, Erzeugung von Bleiweiß zc. Sodann wird bestimmt, daß in keiner Fabrik oder Werkstätte ein Knabe unter 16 Jahren sowie eine Arbeiterin mehr als 48 Stunden in der Woche oder zwischen 6 Uhr Abends und dreiviertel 8 Uhr Morgens beschäftigt werden darf. Keine solche Person darf an mehr als zwei aufeinander folgenden Tagen Ueberstunden leisten, welche nach einem vereinbarten, den gewöhnlichen Lohn übersteigenden Satze zu bezahlen ist, der in keinem Falle für jede Person weniger als 6 Pence (48 S.) die Stunde betragen darf. Die Bewilligung zur Ueberzeitarbeit ertheilt der Fabrikinspektor und ist die schriftliche Erlaubnis an leicht erreichbarer Wandstelle in der Fabrik oder Werkstätte anzubringen.

Eine Person unter 16 Jahren darf in keiner Fabrik oder Werkstätte beschäftigt werden, bevor der Inspektor sich überzeugt hat, daß dieselbe die 4. öffentliche Schulkasse absolviert oder eine dem gleichkommende Prüfung abgelegt hat. Ferner darf eine Person unter 16 Jahren nur dann beschäftigt werden, wenn der Unternehmer ein in der vorgeschriebenen Form abgefaßtes Tauglichkeitszertifikat über die Eignung solcher Personen zur Verwendung in dieser Fabrik oder Werkstätte erbracht hat. Ein solches Zeugnis kann vom Fabrikinspektor auf Grund der vorgeschriebenen Ausweise ausgestellt werden.

Den männlichen Jugendlischen und Arbeiterinnen sind folgende Ruhetage freizugeben: 1. Weihnachtstag, Neujahrstag, Charfreitag, Ostermontag, Geburtstag des Herrschers (Königs von England); und jeden Samstag Nachmittags von 1 Uhr Mittag an. In bestimmten Fällen kann vom Inspektor auch an den Ruhetagen das Arbeiten gestattet werden. Für diese Erlaubnis sowie für Bewilligung von Ueberzeitarbeit und ferner für die Eintragung von Fabriken und Werkstätten in das amtliche Verzeichnis werden Gebühren erhoben, für letztere von 1 M. bis 42 M., je nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter, pro Jahr. Das Verbot der Sonntagsarbeit ist selbstverständlich. Eine Bestimmung über die Maximalarbeitszeit für

*) Eine vorgeschrittene Gesetzgebung. Die Fabrikgesetz der Kolonie Neu-Seeland vom 18. Oktober 1894 und 12. Oktober 1896. Herausgegeben von Dr. Eugen Schmiedland, Privatdozent der Wiener Universität. Wien 1897.

Männer besteht in Neuseeland wie in Viktoria nicht. Sie erscheint auch mit Rücksicht auf die starken gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter entbehrlich, meint Schmiedland.

Die Regelung der Heimarbeit ist in Neuseeland noch nicht so weit gediehen, wie in Viktoria, so bezüglich der Vorschrift der amtlichen Eintragung aller Heimarbeiter, die im Falle unterlassener Anmeldung bestraft werden. Die Tendenz dieser Vorschrift richtet sich gegen die Frauen und Töchter des sogenannten Mittelstandes, der kleinen Bourgeoisie, der Beamten etc., die in ihren freien Stunden für Unternehmer nähen, stricken, häkeln, stricken, malen (Industriemalerinnen) etc. und zwar immer zu unerhört niedrigen Löhnen; handelt es sich ja für sie nur um ein Nebeneinkommen oder um ein Taschengeld, dessen Höhe nicht durch ein gewisses Maß der Lebensbedürfnisse errungen wird. Den eigentlichen berufsmäßigen Heimarbeitern entgeht aber durch diese Konkurrenten nicht nur Arbeitsgelegenheit; was noch schlimmer ist, auch ihr Lohn wird durch sie stark herabgedrückt. Auf diese Frauen und Mädchen des Mittelstandes Rücksicht zu nehmen, erklärte der Oberste Gewerbeinspektor von Viktoria als überflüssig, indem er den Anspruch des englischen Großkaufmanns Charles Booth erwähnte, der in seinem Sammelwerke „Das Leben und die Arbeit des Volkes in London“ den Ausspruch thut, daß „diese Frauen und Mädchen den eingestrichelten Glauben haben, daß eine schädliche Eleganz und Hungerlöhne, die sie verschlehen verdienen, ihrer Stellung als „Damen“ weniger abträglich sind, als es gute Löhne wären, die sie offenkundig verdienen.“ Diese „Damen“ mögen sich also ruhig ebenfalls registrieren lassen und für ihre ehrliche Arbeit statt des Hungerlohnes den festgesetzten besseren Minimallohn annehmen, wobei sie zugleich ihren armen Mitgeschwestern keine Schmutzkonkurrenz bereiten.

Beide Gesetze lehren, wie viel ohne Erschütterung, ohne „Umsturz“ der bürgerlichen Gesellschaft für die Arbeiter gethan werden kann, wenn diese im Besitze politischer Rechte und Freiheiten, politischen Einfluß erlangen und durch starke gewerkschaftliche Organisation gute Arbeitsverhältnisse herbeiführen können. Daraus könnten die herrschenden Klassen Deutschlands etwas lernen.

Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung.

Ich habe im Jahre 1895 in St. Gallen (Schweiz) gearbeitet. Dort wurde im Frühjahr desselben Jahres auch über Arbeitslosenunterstützung, die die Stadt St. Gallen einführen wollte, viel gesprochen, aber leider wurde von den meisten organisierten Arbeitern wenig Gewicht darauf gelegt, bis die Stadt ihren Entschluß durchsetzte und die Zwangsarbeitslosenunterstützung einführte, und zwar mit Bestimmungen, die von jedem denkenden Arbeiter mit Widerwillen angenommen wurden. Die Behörde errichtete auch gleichzeitig einen Arbeitsnachweis und stellte folgende Bestimmungen (ich gebe von diesem Gesetze nur einige Sätze an):

Jeder Arbeiter, der in der Stadt St. Gallen Arbeit nimmt und nicht von seiner Gewerkschaft Arbeitslosenunterstützung bezieht, muß in die Zwangsarbeitslosenversicherung seinen Beitrag (20 Ct. = 16 S., 25 Ct. = 20 S. oder 30 Ct. = 24 S.) seinen Lohnverhältnissen entsprechend, die Woche zahlen und hat, bevor er unterstützungsberechtigt ist, als Ausländer eine einjährige und als Schweizer Bürger eine halbjährige Karenzzeit durchzumachen. Die Unterstützung beträgt Fr. 1,80, (Mk 1,44), Fr. 2 (Mk 1,60), Fr. 2,20 (Mk 1,76) pro Tag.

Jeder versicherte Arbeiter, der seine Karenzzeit hinter sich hat und Arbeitslosenunterstützung beansprucht, muß von seinem letzten Arbeitgeber ein Zeugnis beibringen, daß er wegen Arbeitsmangel entlassen ist. Ist im Arbeitsnachweis Arbeit angefangen, gleichviel was für welche, z. B. Schneeschaukeln, Eishacken, Holzsägen, oder spalten oder sonst irgend welche Beschäftigung, so muß sie der Arbeitslose, ganz gleich welchem Berufe er angehört, anstandslos annehmen. Weigert er sich, so wird er als Arbeitsflüchter betrachtet und dementsprechend bestraft.

Selbstredend waren die meisten organisierten Arbeiter mit diesen Bestimmungen nicht einverstanden und wollten eigene Versicherungen gründen, aber sie kamen leider damit zu spät.

Der Flaschnerfachverein zu St. Gallen war der erste, der eine Versammlung einberief, in der eine Kommission gewählt wurde, die die nötigen Schritte dazu thun sollte; ich wurde mitgewählt und kann daher bezeugen, daß wir unsere Kräfte anstrebten, um eine eigene Arbeitslosenversicherung zu erhalten, aber es war umsonst, wir wurden von der zuständigen Behörde,

bei der wir unser Gesuch nebst Statuten eingereicht hatten, abschlägig beschieden, mit der Begründung: wenn wir eine eigene Versicherung wollten, so hätten wir dieselbe einführen müssen, bevor die Stadt die Zwangsversicherung eingeführt hat, jetzt wären wir verpflichtet, zur Zwangsversicherung beizusteuern. Es hat nach uns die Holzarbeitergewerkschaft ebenfalls ein Gesuch gestellt, sie wurde aber ebenso wie wir abgewiesen.

Es sind auch leider bei uns in Deutschland sehr viele organisierte Arbeiter der Ansicht, daß die Arbeitslosenunterstützung Sache des Staats sei, ich selbst habe das schon oft, auch von älteren Mitgliedern, zu hören bekommen. Nun, ich kann solche Mitglieder, die diese Ansicht haben, nur bedauern. Glauben die Betroffenen vielleicht, daß der deutsche Staat aus dem Staatsäckel die Arbeitslosenunterstützung zahlen würde? Gewiß nicht; vor allen Dingen müßten die Arbeiter erst brav recht hohe Beiträge zahlen und dann würden die Arbeitslosen, die wirklich berechtigt wären, eine Unterstützung in Anspruch zu nehmen, eine solche bekommen, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel wäre. Den besten Beweis liefert uns ja die Invaliden- und Altersversicherung. Dem Staat sowohl wie dem Unternehmertum könnte kein größerer Gefallen erwiesen werden, als der, daß eine Zwangsarbeitslosenversicherung verlangt würde. Und daß diese Zwangsversicherung noch lange ausbleibt, glaube ich auf keinen Fall, es werden hier und da schon Stimmen laut, die eine solche verlangen. Man braucht nur an das Sonnemann'sche Projekt erinnern, das von seinen eigenen Parteigenossen und auch von den Hirsch-Duncker'schen abgelehnt wird.

Sollte nun dem Reichstag eine Vorlage zugehen, so würde dieselbe auch ganz sicher angenommen werden, denn dem Staat und dem Unternehmertum würde eine solche Zwangsversicherung mit polizeilichem Arbeitsnachweis nur von Nutzen sein. Der Staat würde dadurch einige tausend Beamte mehr einstellen können und dem Unternehmertum würden billige Arbeitskräfte geliefert werden. Denn wenn in der Schweiz, einer freien Republik, solche Gesetze, wie Eingang erwähnt, herauskommen, um wie viel schärfer würde die polizeiliche Diktatur in Deutschland zu Tage treten. Die ganzen Ertragsminderungen, die wir uns seit Jahren erkämpft haben, würden wie eine Seifenblase zusammenfallen, die deutsche Arbeiterschaft würde sich ein Joch aufladen, das sie und ihre Nachkommen nicht leicht wieder los würden.

Also fort mit den bloßen Gedanken auf Staatsunterstützung! Die organisierten Arbeiter sollen und müssen sich bei Arbeitslosigkeit selbst unterstützen, das ist das einzig Richtige.

Wenn auch von einzelnen Mitgliedern und Ortsverwaltungen Stimmen laut werden, daß sie keine höheren Beiträge zahlen „können“, so muß ich denselben darauf erwidern, daß es überhaupt traurig ist, daß ein Metallarbeiter sich solch ein Armutszertifikat anstellt, indem er sagt, er könne keine 30 S die Woche für den Verband aufbringen. Wenn es arme Leineweber aus dem Eulens- oder Riesengebirge wären, die solches sagten, die die Woche 4—5 Mk verdienen, so würde man es eher glauben können, aber Metallarbeiter sollen so etwas nicht sagen! Es gibt Berufe, die weniger verdienen und mehr Beiträge zahlen als wir. Es werden die Woche über so manche 10 S, ich will gerade nicht sagen, unnütz, aber doch ausgegeben, die gespart werden könnten.

Und sind die 10 S, die der Vorstand mehr verlangt, nicht gespartes Geld, das mit hohen Zinsen vom Verbands bei Arbeitslosigkeit wieder retour gezahlt wird? Ich glaube, es sind unter uns Mitgliedern wenige, die noch nicht arbeitslos gewesen wären, und wie gut kann dann ev. der Arbeitslose die Verbandsunterstützung brauchen.

Für die ledigen Mitglieder ist gejorgt, sie bekommen bei Arbeitslosigkeit, wenn sie auf die Wanderschaft gehen, ihr Reisegeld, aber was bekommt das verheiratete Mitglied, das nicht auf die Walze gehen kann? Nichts, trotzdem es seine Beiträge gerade so gut zahlt. Ein altes Sprichwort sagt: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte! Und das muß auch bei uns zur Geltung kommen.

Wie der Vorstand in Nr. 48 bekannt gibt, sind im vorigen Jahre 45,255 Personen ein- und 41,644 Personen wieder ausgetreten. Dies wird aber unbedingt zum größten Teil fortfallen, wenn wir eine Arbeitslosenunterstützung haben. Es ist ja doch längst bekannte Thatsache, daß, je höher die Beiträge sind, desto größer die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften und das Interesse der Arbeiter an denselben ist. Umgekehrt ist es bei niedrigen Beiträgen. Die Gutmacher, Zigarrenarbeiter, Steinhauer, Weiß- und Lohgerber und verschiedene andere Berufe zahlen bedeutend mehr als was von unserem Vorstand verlangt wird, die

Gutmacher zahlen z. B. 45 S die Woche und haben im Durchschnitt keinen höheren Lohn als wir Metallarbeiter.

Ich rufe deshalb allen Mitgliedern, denen an dem Verband und am Wohl ihrer Mitarbeiter etwas gelegen ist, zu: Stimmt für die Arbeitslosenversicherung!

Offenburg i. B. Richard Jung, Klempner.

Weniger um meine persönliche Meinung zur Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zum Ausdruck zu bringen, als auf einen Punkt unseres Vorstandsantrages hinzuweisen, ergreife ich das Wort. Man vergegenwärtige sich den in Nr. 48 gebrachten Antrag. Meine persönlichen Anschauungen decken sich in Bezug auf diese Sache vollständig mit dem Vorstandsantrage. Anders jedoch wird's mit einem großen Theil, wenn nicht sogar der Mehrzahl unserer Mitglieder sein, und zwar wohl weniger wegen der in Aussicht stehenden Beitragserhöhung als wegen des Passus: Die Arbeitslosenunterstützung wird nach 52wöchentlicher Karenzzeit gewährt.

Ja, wird's da bei Denjenigen, denen jetzt schon 20 S zu viel erscheint (und solche gibt's leider noch sicherlich genug) heißen: jetzt sollen wir 30 S zahlen und haben, obwohl wir schon so und so viele Jahre 20 S bezahlet, doch noch im ganzen ersten Jahre nichts dafür. Die Folge ist die, daß ein Theil sich sehr ungern dem fügen wird, der andere sich jedoch sagt: „Nein, da treten wir aus“. Damit ist aber ebensovienig im Interesse der Arbeitslosenunterstützung, wie auch im allgemeinen Verbandsinteresse gebient.

Um einer solchen etwaigen Kalamität zu begegnen, halte ich die Ansicht wohl der Erwägung werth, daß die einjährige Karenzzeit im Antrage nicht aufrecht erhalten wird, sondern statt dessen gesagt wird:

„Mit dem Tage der Beitragserhöhung tritt die Arbeitslosenunterstützung in Kraft“, natürlich nur mit dem niedrigsten Satze von 6 Mk und für die, die die übrigen statutarischen Bedingungen erfüllt haben. (Welche denn? Neb.)

Die Berechnungen des Vorstandes, gegen die ich durchaus nichts einzuwenden habe, werden durch diese Aenderung sehr wenig verändert; nehmen wir beispielsweise an, es wären im betr. laufenden Jahre 5 Proz. = 3000 Mitglieder arbeitslos, was bei der zur Zeit noch vorherrschenden guten Konjunktur hoch genug gegriffen ist, und zwar volle 42 Tage. Das erfordert Ausgabe: $3000 \times 6 \text{ Mk} = 18,000 \text{ Mk} \times 6 \text{ Wochen} = 108,000 \text{ Mk}$.

Das Schlussergebnat des Vorstandes ist bei einer Einnahme von 1,440,000 Mk und 1,030,300 Mk Ausgabe ein Ueberschuß von 409,200 Mk. In Folge der von mir vorgeschlagenen Aenderung würden nun von den 409,200 Mk 108,000 Mk abgezogen sein, es blieben 301,200 Mk. (Das Fazit würde aber bei Beseitigung der Karenzzeit, wenn man alle in Betracht kommenden Faktoren berücksichtigt, ganz anders sein. Neb.)

Diese Zahl wieder durch die spätere jährliche Mehrausgabe von 13,260 Mk getheilt, ergäbe rund 18 Jahre. Mit hin wären noch 18 Jahre sichergestellt.

Da also die Verschlebung, die dieses kleine (? Neb.) Zugeständniß hervorbringt, durchaus nicht von weittragender Bedeutung ist, so halte ich die vorgeschlagene Aenderung für zweckmäßig, sie liegt in dem Wunsch der Mitglieder, im Interesse der Einführung der Arbeitslosenunterstützung, sowie im allgemeinen Verbandsinteresse.

Zum Schluß kommend, würde ich es für das Geeignete halten, wenn der Vorstand seinen Antrag selbst in diesem Sinne änderte, ich bin dessen gewiß: mindestens 20 Stimmen mehr sind dem Antrage auf der Generalversammlung sicher als ohne diese Aenderung, aus dem einfachen Grunde, weil berechtigten Wünschen Rechnung getragen würde.

Lübeck.

B. F.

Daß die Arbeitslosenunterstützung nach den vom Vorstand gestellten Antrage durchführbar erscheint, ist wohl nicht zu bezweifeln. Nach genauer Ueberlegung jedoch läßt sich noch Manches einwenden und ändern, ich hoffe aber, daß ein gutes Resultat dabei herauskommen wird. Auch ich stimme mit dem Vorstand überein, daß die Mitglieder den erhöhten Beitrag bezahlen können, wenn sie wollen. Das können braucht nicht vorgezogen werden, denn wo der gute Wille zur Sache vorhanden ist, da gelingt es ohne Zweifel.

Wenn früher gesagt oder geschrieben wurde, wir würden aufhören, eine Kampforganisation zu sein und den Hirsch-Dunckerianern nachahmen, so sage ich doch: Nein! Der krasse Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit bleibt und unsere Lohnkämpfe werden weiter entfacht werden, das steht fest. — Die Hirsch-Duncker'schen

Haben einen festeren Mitgliederbestand als wir, trotzdem ihre Arbeitslosenunterstützung erst nach 5 jähriger Karenzzeit bezahlt wird.

Wie die englischen Gewerkvereine mit der Leistung dastehen, das kann man ja auch nur als musterhaft bezeichnen. Sollten Mitglieder des Verbandes wegen der Mehrzahlung abspringen, so wäre das sehr bedauerlich, doch könnten das meiner Ueberzeugung nach nur solche sein, die sich für Arbeiterorganisationen überhaupt nicht tiefer interessieren, die keine Zeitung lesen, geschweige regelmäßig verfolgen, in keine Versammlung gehen und an keiner Sammlung sich betheiligen.

Wenn die Sache über das erste Stadium hinweg ist, können wir auch mehr Unterstützung leisten. Aber ich will sogar behaupten, daß der größte Theil der Mitglieder schon die projektirte Unterstützung mit Freuden begrüßen wird. Sie werden dadurch eher in der Lage sein, ihre Verhältnisse zu verbessern. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß Kollegen, die länger auf einer Stelle arbeiten, die dem Meister oder Fabrikanten zu Reichthum verholfen haben, wenn sie älter geworden sind, sich alles gefallen lassen, weil sie die Arbeit zu verlieren fürchten. Wird aber durch die Arbeitslosenunterstützung den ortsanfässigen Kollegen bei vorkommenden Fällen unter die Arme gegriffen, dann werden diese den Verband auch eher zu schätzen wissen wie bisher.

Beim Durchlesen des Vorstandsantrages klingt derselbe recht mundgerecht und läßt sich eigentlich auch nichts dagegen einwenden, jedoch nach näherer Einsicht und Ueberlegung habe ich gefunden, daß die stufenweise Unterstützung nicht ganz demokratisch ist. Ich würde in Vorschlag bringen 2 jährige Karenzzeit, 10 Mk. per Woche Unterstützung und 5 Pfg. Mehrzahlung für männliche Mitglieder. Von der Mehrleistung der weiblichen Mitglieder könnte Abstand genommen werden. Man weiß nicht, wie viel weibliche Arbeiter arbeitslos werden, doch sollten diese von der Unterstützung nicht ganz ausgeschlossen werden. Ein Rechenexempel nach meinem Vorschlage ergibt bei 60 000 Mitgliedern, 3000 Arbeitslosen pro Jahr, 5 Pfg. Mehrleistung und 2 jähriger Karenzzeit:

60 000 x 80 Wochen x 5 S = 240 000 Mk
3000 x 6 x 10 Mk = 216 000
Ueberschuß 24 000 Mk
2% Verwaltungslosten 4 800
Meiner Ueberschuß 19 200 Mk

Abzurechnen wäre dann noch die Reisenunterstützung. Ein Ueberschuß wird weiter noch entstehen, indem 6% Arbeitslose viel zu hoch gegriffen sind. Weiter muß in Betracht gezogen werden, daß die Arbeitslosigkeit bei den meisten Kollegen nicht lange dauert.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, nach einjährigem Inkraftsein werden die Kollegen und der Vorstand zufrieden sein. Berlin. E. P.

Organisation der Feilenindustriellen Mitteldeutschlands.

Die neueste Nummer von „Messer und Feile“ berichtet über eine Versammlung von Feilenindustriellen behufs Gründung eines Verbandes für Mitteldeutschland, die am 20. November im Restaurant Weinberg in Mannheim stattfand. Da die Herren große Dinge vorhaben, so wollen wir den Bericht des Unternehmerorgans zur Orientirung der Feilenhangerhilfen vollständig wiedergeben:

Beitritten waren in der Versammlung die Städte Düsseldorf, Ebersleben, Frankenthal, Heilbronn, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Saarbrücken-Wolsheim, Speyer, Stuttgart und Worms. Als Gast war der Verbandsvorsitzende der Feilenindustriellen des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks Herr H. Wildschütz aus Düsseldorf erschienen und den Vorsitz leitete der Herausgeber von „Messer und Feile“ Carl Kohler aus Ludwigshafen a. Rh.

Nachdem die Versammlung zur Ueberzeugung gekommen war, daß die Gründung eines Verbandes für die Feilenindustriellen eine unabweisbare Nothwendigkeit ist, wurde zunächst die Frage erörtert was zweckmäßiger, die Gründung eines eigenen Süddeutschen Verbandes oder der Anschluß an den bereits bestehenden Rheinisch-Westfälischen Verband.

Es wurde einstimmig beschlossen, sich der bereits bestehenden Corporation anzuschließen und diese Forderung nunmehr Verband der Feilenindustriellen des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks mit Anschluß an Mittel- und Süddeutschland zu benennen.

Die hierzu zur Verlesung gebrachten und bereits für Rheinisch-Westfälischen Verbandsmitglieder in Aussicht genommene Beschlüsse wurden nach eingehender Beratung auch für Mittel- und Süddeutschland als zweckmäßig erachtet und gut geheißen.

Hierauf wurde, wie dies bereits in Köln, Düsseldorf, Duisburg, Viefelsh, Osnabrück, Düren und Aachen der Fall, die neue Vereinigung in verschiedenen Ortsgruppen getheilt, um auf diese Weise für die Sache allenthalben recht wirksam wirken zu können.

Das in den Statuten vorgesehene Eintrittsgeld wurde von den erschienenen Herren sofort als Zeichen der Eintrittserklärung deponirt.

Nachdem die definitiven Grundlagen für den Verband gelegt wurde noch der Beschluß gefaßt, sobald noch eine größere Anzahl Beitritte erfolgt ist, wieder eine Versammlung abzuhalten, um über die weiteren Schritte zu berathen.

Dem Unternehmerorgan ist ob dieser neuen Gründung der Thema gar mächtig geschwollen. Unter der Epigamare:

„Zur Organisation der Arbeitgeber“ leistet es sich folgende Kriegserklärung an die Arbeiter:

„Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist ein guter Anfang gemacht, Wandel in die Interesslosigkeit der Arbeitgeber der Feilenindustrie zu bringen. Rheinland, Westfalen, Baden, Pfalz, Württemberg sind entschlossen, thätigst einzutreten für die gute Sache. Eine solche muß es genannt werden, wenn sich nach und nach die Ueberzeugung Bahn bricht, daß es in dem alten Schlandrien nicht mehr fortgehen kann. Gerade wie die einzelnen Völker bedacht sein müssen, daß ihnen die Nachbarstaaten in Bezug auf die Streitkräfte nicht über den Kopf wachsen, ebenso müssen die Arbeitgeber sich zu einer Macht, zu einer Vereinigung sich zusammenschließen und sich wappnen, um im Nothfalle mobil zu sein. Und es gehört wirklich keine Phantasie dazu, wenn man die Behauptung aufstellt, daß das Gros der Arbeiterschaft als eine feindliche Macht anzusehen ist. Es wird auch Niemand behaupten wollen, daß die feierhafte Organisation der Arbeiter als ein Zeichen der Sympathie ihren Brodherrn gegenüber zu betrachten wäre. Dugende von Beispielen wären anzuführen, wie heute seitens der Arbeiter die Arbeitgeber betrachtet werden, und wer ist schuld an diesem Zustand? Lediglich die Agitatoren, die Haß und Uneinigkeit stiften, um für sich Kapital herauszuschlagen. Deshalb wird es Zeit, gewappnet zu sein, um trotz bieten zu können. Grundbedingung hierfür ist, zunächst eine ebenbürtige Organisation zu schaffen. — Wie schon vorerwähnt, ist hierzu ein guter Anfang gemacht und halten die leitenden Stellen aus, so kann hoffentlich in kurzer Zeit von einer vollständigen Organisation berichtet werden. Dabei ist keineswegs beabsichtigt, friedfertigen, ordentlichen Arbeitskräften irgendwie Eintrag zu thun, hingegen aber streiklustigen, aufwieglerischen Elementen die Stirne zu bieten. Wie wenig derartige Elemente sich und ihren Genossen nützen, beleuchtet uns eine treffliche Abhandlung über den englischen Maschinenbauerstreik, dieselbe hier wiederzugeben, würde zu weit führen, aber so viel sei aus dieser Abhandlung berichtet, was speziell für die Feilenarbeiter ebenso wichtig wie es für die englischen Maschinenbauer ist. Bekanntlich hat dieser englische Streik verhältnismäßig lange gedauert und die Arbeiter sich mittlerweile enorm angehäuft bis eine Einigung erzielt werden konnte. Während dieser Zeit wurden aber zahllose Hilfskräfte engagirt und diese haben sich jetzt eingearbeitet, Lieben aber, nachdem der Streik zu Ende und die Arbeiter, die ausständig, wieder eingestellt waren, ebenfalls auf ihrem Posten; es ging in Anbetracht der vorhandenen vielen Arbeit sehr gut. Nachdem nun nach und nach die Rückstände aufgearbeitet, verlassen die Fabrikanten die feinerzeit ausständig, also diese kommen jetzt um ihre Position und die ursprünglichen Hilfsarbeiter bleiben in festerer Stellung, auf diese Weise werden in Zukunft mit der Zeit mehrere tausend Unzufriedene brodlos und haben sich und ihre Familien in's Elend gestürzt. — Genau so kann es den heutigen Anhängern des Metallarbeiterverbandes gehen, Dant der fortschreitenden Technik im Bau von Feilenhausmaschinen finden diese immer mehr Eingang und können bekanntlich in verhältnismäßig kurzer Zeit ebenfalls von Hilfskräften bedient werden, somit auf diese Weise für die unzufriedenen Hauer die Frage am leichtesten lösen, an Stelle dieser Unzufriedenen nehmen die Arbeitgeber Hausmaschinen und geben dadurch den heutigen f. s. Verbändlern Gelegenheit, sich einen zufriedeneren Beruf zu wählen, bis aber die Maschinen allenthalben Eingang finden, ist der zu gründende Verband heraus, Mittel und Wege zunächst dadurch zu beschaffen, daß die Leitung des Arbeitsnachweises in die Hände der Arbeitgeber kommt und darum muß es zunächst eine Hauptaufgabe sein, den Verband über ganz Deutschland auszu dehnen.“

Die Feilenhauer wissen nun, was man auf jener Seite plant; mögen sie die Konsequenzen ziehen und sich gleichfalls „wappnen“, um „Trog bieten“ zu können.

„Ein alt-organisierter Kollege“ schreibt uns zu obigem Kampfarikel:

Die Herren Industriellen wollen sich also organisiren, damit ihnen die Arbeiter nicht über den Kopf wachsen, die Arbeiter werden von ihnen als feindliche Macht angesehen. Man sind wir aber bei Stellung unserer Forderungen immer erst auf gutlichem Wege vorgegangen, wurden jedoch meist rund abgewiesen, selbst bei günstiger Konjunktur. Obendrein erfolgten noch zahlreiche Maßregelungen. Nun wollen die Herren auch noch den Arbeitsnachweis in ihre Hand bekommen. Kollegen, das können wir uns nun und nimmer gefallen lassen. Wir sind es, die die Herren durch unserer Hände Arbeit ernähren müssen, ohne uns müßten die meisten der Heher in jenem Lager verhungern. Aus unserer Noth haben sie ihr Kapital herausgegeben, und da müssen sie sich an, uns auch noch Vorschriften in Bezug auf den Arbeitsnachweis zu machen. Die Herren, die selbst nicht arbeiten, weil sie nicht wollen und nicht können, wollen uns noch mehr knechten. Diese Dreißigkeit heißt Genugthuung! Und diese verjagen wir uns, indem wir in Zukunft noch energischer als bisher an der Vervollkommenung unserer Organisation und damit an der Verbesserung unserer Lage arbeiten. Man droht uns mit den Hausmaschinen. Nun, je mehr Hausmaschinen aufgestellt werden, um so energischer müssen wir auf eine einziehende Verkürzung der Arbeitszeit drängen. Der „hübe Friede“, nach dem sich die Industriellen sehnen und worunter sie versprechen, daß der Arbeiter hübsch „hübe“, liegt also noch in weiter Ferne. Darum verlaßt Euch, Ihr Herren!

Wenn die Industriellen aber schon so aufzuzucken bei der jetzigen Konjunktur, was würden wir ohne gute Organisation erst zu gewärtigen haben bei plavem Geschäftsgang? Darum, Kollegen, die Ihr noch fernsteht, namentlich Ihr Rheinländer und Berliner, jählezt Euch dem D. M. S. an. Diesen Verband scheuen die Herren wie — die Arbeit, weil sie sehr wohl wissen, daß wir an ihr einen kräftigen Hinterhalt haben, woran ihre Praktiken zu scheitern werden.

Der noch im Ungewissen sein sollte, was aus uns ohne Organisation würde, der kann das aus einer Notiz des Unternehmerorgans ersehen, die vom Speyerer Streik handelt; in dieser heißt es, daß die Firma Superior mit der erfolgten gründlichen Reinigung von Aufwiegleren jetzt hoffentlich Ruhe haben werde. — Wir können mit Sicherheit sagen, daß diese Ruhe nicht lange andauern wird, um deswillen nicht, weil die Firma S. auf die Dauer mit ihren „Rothhäusern“ nicht

auskommen kann. Wer weiß, ob der „Aufwieglerbazillus“ sich nicht schon wieder bei ihr eingemistet hat.

Nein, Ihr Herren, Ruhe sollt Ihr so lange nicht haben, als Ihr die Arbeiter nicht als gleichberechtigten Faktor und ihre Forderungen auf Ermöglichung einer auskömmlichen Existenz anerkennt! —

Die Neugier, die das Blatt „Messer und Feile“ über den englischen Maschinenbauerstreik produziert, hat mir gewaltig „imponirt“. Nur schade, daß die kluge Redaktion die Quelle nicht namhaft macht, aus der sie ihre Kenntniß geschöpft hat. Uebrigens, das bemerken wir dem Blatte, hat jeder größere Ausfall eine Verbesserung der Technik zur Folge. Trotzdem haben die Arbeiter sich noch nicht abschrecken lassen, in Ausstände einzutreten. Doch, es hat ja keinen Sinn, mit einem Unternehmerorgan sich über derartige Fragen weiter zu unterhalten. Möge das Blatt in seiner Phantasie sich ruhig weiter wlegen!

Die zur Erzeugung des elektrischen Stromes dienende Dampfkraft in Preußen im J. 1898.

Die vom kgl. statistischen Bureau in Berlin herausgegebene Korrespondenz bringt über die in Preußen zur Erzeugung elektrischen Stromes dienenden Dampfmaschinen Verbindung mit einigen interessanten Bemerkungen höchst beachtenswerthe statistische Zahlen. Unauskahljam — heißt es in Heft 36 des laufenden Jahrganges — setzt die Elektrizität ihren Eroberungszug auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens fort; auch in Preußen nimmt die Verwendung dieser wichtigen Naturkraft von Jahr zu Jahr einen größeren Umfang an. Liegen nun Beweise dessen auch besondere amtliche Erhebungen noch nicht vor, so gewähren doch die alljährlichen statistischen Aufnahmen über die Dampfmaschinen und Dampfmaschinen hierfür einen werthvollen Anhalt insofern, als in Preußen der bei Weitem größte Theil des benutzten elektrischen Stromes durch Dampfkraft erzeugt wird. Die neuesten Ermittlungen für den Beginn des Jahres 1898 lassen nun abermals einen bedeutenden Aufschwung nach dieser Richtung hin erkennen; es dienen nämlich in den privaten und staatlichen Unternehmungen Preußens, mit Ausnahme derjenigen der Verwaltung des Landweeres und der Kriegsmarine zum Betriebe von Dynamomaschinen:

Table with 6 columns: Year, Dampfm. Maschinen, Pferdekräfte, Dampfm. Maschinen, Pferdekräfte, Zusammen Dampfm. Maschinen, Pferdekräfte. Rows from 1891 to 1898.

Wir haben hier also eine fortgesetzte Steigerung vor uns, welche beweist, daß sich die Gesamtzahl der in Rede stehenden Dampfmaschinen seit 7 Jahren auf fast das Vierfache, deren Leistungsfähigkeit aber auf das Fünffache hob. Im Laufe des Jahres 1897 allein nahm die Gesamtzahl dieser Maschinen um 468 oder 16,5 v. H. und ihre Leistungsfähigkeit um 66,791 Pferdestärken oder 34,8 v. H. zu; hierbei kam auf diejenigen Maschinen, welche ausschließlich elektrische Energie erzeugen, eine Vermehrung um 304 Stück und 52,000 Pferdestärken oder um 13,9 beziehungsweise 35,1 v. H. und auf diejenigen, welche gleichzeitig auch noch anderen Zwecken dienen, eine solche um 164 Stück und 14,491 Pferdestärken oder um 25,2 bezw. 33,8 v. H.

Das besondere Interesse sind die Hauptverwendungszwecke des in Preußen durch Dampfkraft gewonnenen elektrischen Stromes; nach dieser Richtung wurde im königlichen statistischen Bureau ermittelt, daß zu Anfang 1898 elektrische Energie erzeugten:

Table with 3 columns: Zu Zwecken, Dampfmaschinen, mit Pferdestärken. Lists uses like lighting, motor operation, etc.

Der bei Weitem größte Theil des durch Dampfkraft erzeugten elektrischen Stromes wurde aber lediglich zur Beleuchtung nutzbar gemacht; die Zahl der betreffenden Maschinen machte zu Anfang 1898 allein 86,9 v. H. alles zur Hervorbringung von Elektrizität aufgestellten Dampfmaschinen aus. Der Schaffung von Licht dienen aber außerdem noch diejenigen 346 Dampfmaschinen, welche elektrischen Strom gleichzeitig hierfür und für einen bestimmten Gewerbebetrieb lieferten, wenn auch nicht genau festgestellt werden kann, in welchem Umfange sie jedem dieser beiden Zwecke gerecht wurden. Unter diesen Maschinen überwiegen bei Weitem jene 325, welche gleichzeitig Strom zur Beleuchtung und zur Kraftübertragung hervorbringen. Zu ihnen gehören zunächst diejenigen, welche bei den Straßenbahnen elektrischen Strom nicht nur zur Fortbewegung, sondern auch zur Beleuchtung der Fahrzeuge liefern, sodann die Maschinen der großen elektrischen Centralen, welche sowohl Licht wie Kraft abgeben. Das für diese Zwecke besonders große Dampfmaschinen Aufstellung gefunden haben, ergibt sich schon aus der verhältnismäßig hohen durchschnittlichen Leistungsfähigkeit dieser Dampfmaschinen, welche sich nach obigen Zahlen auf 259,1 Pferdestärken belief. Es werden indeß in einzelnen Betrieben dieser Art Dampfmaschinen von einer bedeutend größeren Leistungsfähigkeit verwendet. So finden wir in den Centralen der Berliner Elektrizitätswerke derartige Dampfmaschinen mit einer Leistungsfähigkeit von 1000, 1180, 1500, 1648 und 1900 Pferdestärken, in der Unternehmung der „Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft“ zu Berlin im Kreise Niederbarnim Maschinen mit einer Leistungsfähigkeit von 750 Pferdestärken, ebensolche Maschinen in dem Elektrizitätswerke der Stadt Frankfurt a. M. nebst einer

solchen von 1500 Pferdestärken, in dem Elektrizitätswerke zu Magdeburg eine Dampfmaschine von 1000 Pferdestärken zc.
 Was nun noch die 21 Dampfmaschinen anlangt, welche elektrischen Strom zu „mehreren sonstigen Zwecken“ erzeugen, so kommen hierbei in erster Linie chemische Fabriken, sodann Mühlen, Spinnereien u. A. in Betracht. Die durchschnittliche Leistungsfähigkeit dieser Dampfmaschinen betrug zwar nur 79,8 Pferdestärken; indes sind auch hier in einzelnen Betrieben Maschinen mit einer Leistungsfähigkeit von 750, 800, 960, 100 und 1100 Pferdestärken aufgestellt. Im Ganzen ist demnach anzunehmen, daß die großartige Entwicklung der elektrotechnischen Industrie in den letzten Jahren auch dem Dampfmaschinenbau einen mächtigen Anstoß gegeben hat.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Berichtigung.
 Der Vorsitzende der 31. Wahlabtheilung, Wilh. Schumann, wohnt Köln, Thieboldsgasse 102, nicht 2.

Vorsitzender des Wahlkomitees der 49. Abtheilung ist wegen Kandidatur von Vormann: Otto Lämmel, Hannover, Ernst Auguststraße 11, II.

Bekanntmachung.

Anschließend an unsere Bekanntmachung in Nr. 46 d. Btg. machen wir bekannt, daß auf der Generalversammlung zur Beratung kommende Anträge **zehn Wochen** vor Eröffnung der Generalversammlung an den Vorstand eingeleistet sein müssen und ersuchen wir, die Einlegung derselben so zeitig zu bewerkstelligen, daß sie **frühestens am 21. Januar 1899** in unseren Händen sind.

Die Anträge bitten wir auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben und hierbei darauf zu achten, daß nur eine Seite des Blattes beschrieben wird.

Sodann machen wir darauf aufmerksam, daß wir gelegentlich der Versendung des Materials für die Delegiertenwahlen in einem besonderen Couvert zugleich einen Fragebogen über die Stärke der einzelnen Berufe in unserem Verband verandt haben. Wir ersuchen, denselben pünktlich auszufüllen und sofort nach Jahresschluß an uns zurückzusenden.

Um die Jahresabrechnung rechtzeitig fertig stellen und veröffentlicht zu können, ist es dringend geboten, daß die Ortsverwaltungen bezw. Bevollmächtigten die Abrechnung für das 4. Quartal **pünktlich**, spätestens aber bis zum **15. Januar 1899** einleiten.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- Nr. 58108 des Formers Max Hoffmann, geb. zu Schweinitz am 15. Juni 1859.
- 103897 des Schlossers Heinrich Neemann, geb. zu Frankfurt a. M. am 23. April 1876.
- 114434 des ? Hermann Wauer, geb. zu Großschönau am 2. Dezember 1871.
- 175051 des Schlossers Friedrich Steinlamp, geb. zu Gadderbaum am 10. März 1878.
- 240745 des Maschinenarbeiters Wilhelm Kahl, geb. zu Scheschonau am 14. Juli 1868.
- 240746 des Feizers Hermann Semprich, geb. zu Tonnendorf am 23. Juni 1857.
- 285887 des Schlossers Philipp Buttmann, geb. zu Oppau am 2. Januar 1881.

Ausgeschlossen wird nach § 3 Abs. 7a des Statuts der Schlosser Paul Reichert, geb. zu Bschörnig am 2. April 1870, Buch Nr. 175827 wegen fortgesetzter Verleumdungen.

Dem Formner Karl Thomas, zuletzt in Neumarkt in der Oberpfalz, wird seitens seiner dortigen Kollegen der Vorwurf gemacht, daß er einen Kollegen wegen einer unehrlichen Neuerung über den Prinzipal bei diesem denunzierte. Thomas wird hierdurch aufgefordert, sich gegen obigen Vorwurf zu rechtfertigen, andernfalls § 3 Abs. 7 des Statuts gegen ihn in Anwendung gebracht wird.

Der Klempler Christian Drude, geb. am 22. April 1878 zu Schwerin, B. Nr. 113 824, wird aufgefordert, seine Verpflichtungen gegen den Verband zu erfüllen. Er schuldet an den Bevollmächtigten von Kreis 13 1/2 für Beitragsmarken und 2,70 M für die Vorkasse.

Die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden ersucht, Drude im Betretungsfalle zur Begleichung seiner Verpflichtungen anzuhalten.

Der Schlosser Otto Mäher, geb. am 6. Februar 1874 zu Blauenburg, B. Nr. 51 053, wird hierdurch aufgefordert, über die von der allgemeinen Verwaltungsstelle in Essen übernommenen Beitragsmarken umgehend abzurechnen.

Die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden ersucht, Mäher im Betretungsfalle zur Erfüllung seiner Verpflichtung anzuhalten.

Der Klempler Max Wagner aus Köthen, geb. am 7. Februar 1874 wird hierdurch zur Rechtfertigung aufgefordert. Er wird beschuldigt, in Dessau an die Firma Junkers einen Brief geschrieben zu haben, in dem er seine Kollegen als Faulenzer hingestellt und behauptet hat, bei einer Arbeit, bei der die Kollegen bei angestrengter Tätigkeit M. 27—30 verdienen, M. 60 pro Woche verdienen zu wollen. Sollte Wagner sich bis zum 18. Januar 1899 nicht gegen diese Beschuldigung vertheidigt haben, so würde ohne seine Rechtfertigung abzuwarten sein Ausschluß erfolgen.

Ferner benötigen wir in einer Klagesache das Zeugniß des Formers Robert Schwalenberg, früheren Siegmeyers bei Escher, Wpß u. Co., Filiale Ravensburg (S. Korrespondenz in Nr. 25 u. 27 unter Formner, Ravensburg in d. B.) und ersuchen wir die Kollegen, die uns über seinen

jetzigen Aufenthalt Mittheilung machen können, dies umgehend zu thun.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Hederastraße 160/1**, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.
 Mit kollegialem Gruß und Neujahrs Glückwunsch!
Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formner.

Frankenthal. Die am 21. Dezember abgehaltene gemeinschaftliche Mitgliederversammlung des D. M. V. und des Zentralvereins der Formner beschäftigte sich u. A. auch mit dem vorgeschlagenen Formertag. Der Referent, Kollege Seiser, wies auf die unhaltbaren Zustände in der Organisation der Formner hin, die es nöthig machten, Remedur zu schaffen. Den Ursprung habe die Sache ja darin, daß die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses nicht allseitig beachtet wurden. Nun müßten die Formner aber suchen, ihre Interessen zu wahren und dieses, glaube er, könne in einer größeren Organisation besser geschehen. Wenn von beiden Seiten mit Ueberlegung und Sachlichkeit vorgegangen wird, ohne sich von den Hauptvorständen beeinflussen zu lassen, würde man auch zu einer Verständigung kommen. Nachdem sich verschiedene Formner an der Diskussion betheiligt, wurde der erste Absatz des von Hegner eingebrachten Antrages einstimmig angenommen, der dahin lautet, daß sich die Formner dem D. M. V. anschließen sollen. **K. B.**

Klempler.

Judenwalde. Im Stanz- und Emailirwerk von Adolf Mond sind Vohrreduktionen angekündigt. In der Klemplerzeitung hat Herr M. auch bereits 3 Schwarzklempner gesucht. Wir ersuchen um Fernhaltung des Zugangs.

Metallarbeiter.

Anklam, 22. Dez. Die hiesigen Kollegen haben bisher dem Verband ferne gestanden. Kein Wunder, daß da Gesetzesübertretungen und Vohrdrückerei, verbunden mit endloser Arbeitszeit an der Tagesordnung sind. Für heute, gewissermaßen als erstes Zeichen des Erwachens, mag das folgende der Kollegschaft von ganz Deutschland unterbreitet werden: In der Wagenfabrik des Herrn Gullig in Anklam drängt die Arbeit und sollte Sonntag gearbeitet werden. Einer von unseren Kollegen nun hatte gerade, was doch mal vorkommen kann, Privatangelegenheiten zu erledigen und war am Sonntag nicht zur Arbeit gekommen. Obwohl nun die Firma, soweit uns bekannt, die Genehmigung der Polizei zur Sonntagsarbeit gar nicht eingeholt hatte, wurde der betreffende Kollege gefeuert, weil er am Sonntag nicht gearbeitet hat und soll in 14 Tagen die Arbeit verlassen. Da die Kündigung erst am Montag erfolgen konnte, mußte der Betreffende doch eigentlich noch 3 Wochen arbeiten — nein er soll zu den Feiertagen brodelos gemacht werden, — wahrscheinlich um ihm den „Frieden auf Erden“ recht deutlich vor Augen zu führen! Diese doppelte Mißachtung des Gesetzes: 1. Sonntagsarbeit ohne Erlaubniß, 2. Kündigung zur unrichtigen Zeit wird den hiesigen Kollegen hoffentlich die Nothwendigkeit der Organisation klar machen.

Bernburg. Am 10. Dezember fand eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Nach einem Referat des Gen. Vog aus Magdeburg wurde mit großer Majorität beschlossen, wieder eine Zählstelle zu gründen. Als Bevollmächtigter wurde Bettzische, als Kassierer Gustav Seifert, als Schriftführer Gustav Kleinert und als Revisoren Gustav Arndt und Franz Fuhn gewählt. Zu Delegirten für die Provinzialkonferenz wurden Seifert, Bettzische und Kleinert gewählt, als Kandidat zur Generalversammlung Bettzische aufgestellt. Der Bevollmächtigte Bettzische wohnt Geanestraße 21, der Kassierer Seifert Hohestr., im „Muskischen Hof“.

Cottbus. Zu der am 10. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Georg Manns als Bevollmächtigter, Sichelwerferstr. 5; Wilh. Jurisch als Kassierer, Hyrstr. 12; als Revisoren: Bogumte, Bloßdorf und Bromfa. Nächste Mitgliederversammlung am 7. Januar bei Biesl, Schloßstr.

Dresden: „Die Vereinigung der Alt- und Neustädter Verwaltungen des deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ lautete die Tagesordnung der am 15. Dezember im „Trianon“ tagenden Metallarbeiter-Versammlung. Auf Veranlassung des Hauptvorstandes werden am 1. Januar die beiden bisher getrennten Verwaltungskreise vereinigt. Dadurch macht sich aber die Anstellung eines besoldeten Verwaltungsbeamten nöthig. Gegen dieses Vorhaben wandte sich in der am 10. d. M. tagenden Versammlung Kollege Haase. Er beantragte eine Protestresolution an den Hauptvorstand. Die Diskussion darüber mußte aber aus Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit vertagt werden. (S. Nr. 52.) Die jetzige Versammlung bildete die Fortsetzung der ersteren. Der Hauptvorstand des deutschen Metallarbeiterverbandes, Kollege Schlichte-Stuttgart, war selbst erschienen und erläuterte der Versammlung, warum der Vorstand diese Verschmelzung vorgenommen habe, resp. warum ein besoldeter Verwaltungsbeamter angestellt werden muß. Er wies zunächst darauf hin, daß aus Rücksicht auf die polizeilichen Maßnahmen im Jahre 1894 gegen den Metallarbeiter-Verband in Sachsen keine selbständigen Verwaltungsstellen bestehen dürfen, sondern der Hauptvorstand aus Stuttgart Bevollmächtigte anstellen soll. Die Verhältnisse in Dresden drängten nun dazu, eine Person besoldet anzustellen, welche ihre ganze Kraft dem Verbands widmen kann. Die in Hamburg, Leipzig, Berlin u. s. w. gemachten Erfahrungen verbürgten großen Nutzen für den Verband, umso mehr, als in Dresden die Verhältnisse noch bedeutend günstiger liegen. Die Einwände Haases seien nicht stichhaltig resp. zeugten von falscher Auffassung der Sache. Nach den Ergebnissen der letzten Quartalsabrechnung verbleibt, wenn alle zu erwartenden Ausgaben in Anschlag gebracht werden, noch ein Fehlbetrag von 825,23 gleich 50 Jahresbeiträgen von 330 Mitgliedern. Jetzt ist seit dem letzten Jahre der Verband in Dresden

nach den Einnahmen um ca. 400 Mitglieder gestiegen, also würde bei gleichen Verhältnissen ein Fehlbetrag überhaupt nicht zu erwarten sein. Auf keinen Fall aber werden die von Haase befürchteten Extrabeiträge erhoben werden, denn der Vorstand hält es für seine Pflicht, alles zu thun, um den Verband in Dresden zu unterstützen event. auf Kosten der Hauptkasse eine außerordentliche Agitation zu entfalten. Schlichte bittet daher die Versammlung, den Plan des Vorstandes zu unterstützen. In der darauf folgenden lebhaften Debatte sprachen die meisten Redner für den Plan des Vorstandes. Kollege Haase erklärte, nur deshalb Gegner zu sein, weil er glaube, es wären noch nicht genug Mitglieder vorhanden; er gebe zu, daß die Aufrechnung des Vorstandes stimmen könnte. Gegen 6 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute im „Trianon“ tagende Metallarbeiter-Versammlung erkennt die vom Referenten dargelegten Gründe für Befolgung eines Bevollmächtigten für die Einzelmitglieder in Dresden als richtig an, begrüßt die diesbezüglichen Maßnahmen des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als einen Schritt zur weiteren Verödertung der Organisation und verpflichtet sich, den Vorstand nach wie vor nach besten Kräften auf diesem Wege zu unterstützen.“

Düsseldorf. Am 11. Dezember fand im Lokale des Herrn H. Hechhausen eine kombinierte Mitgliederversammlung (Allgemeine und Feilenhauer) statt. Dieselbe war speziell einberufen behufs Stellungnahme zum Antrage des Hauptvorstandes auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Das Referat hatte Honrath (Kahl), das Korreferat Leyser (Düsseldorf) übernommen. Ersterer führte aus, daß der große Wechsel der Mitglieder sich nur dadurch vermindern würde, wenn man denselben auch bei Arbeitslosigkeit eine Unterstützung böte, damit sie wenigstens vor der bittersten Noth verschont blieben. Es sei doch jedenfalls der beste Beweis, wenn von 270.000 Aufnahmen nur noch 70.000 Bestand blieben, daß den Mitgliedern noch nicht genügend geboten würde. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung würde auch der Agitation viel nützen und vor Allem auch die verheirateten Kollegen zum Beitritt bewegen. Der Charakter als Kampforganisation müsse selbstverständlich gewahrt bleiben. Indem Redner noch seine persönliche Ansicht über Unterstützung, auch in Krankheitsfällen, Ausdruck gibt, fordert er zum Schluß die Anwesenden auf, für den Antrag des Vorstandes zu stimmen, da derselbe mit einer Beitragserhöhung von 10 S pro Woche wohl durchführbar sei. Kollege Leyser erwidert, daß der Redner seiner Ansicht nach ganz in's Firsch-Dunder'sche Fahrwasser gerathen sei. Der Wechsel würde bei uns trotzdem fortbestehen, denn bei anderen Gewerkschaften, welche die Arbeitslosenunterstützung schon längst eingeführt, wäre dies heute auch der Fall, und es sei schwer, Mitglieder zu werben mit einem Wochenbeitrag von 30 S und einer Unterstützung, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sei. Er sei überhaupt gegen jegliche Unterstützung; nehme man einen niedrigeren Beitrag und schaffe auch die Arbeitslosenunterstützung ab. Gleichzeitig sei es unredt, daß seitens des Vorstandes jetzt so dafür gearbeitet würde, während man früher von Unterstützung nicht gesprochen haben wollte. Redner stehe, wie auch früher, dem Antrage ablehnend gegenüber, da mit der Berechnung des Vorstandes überhaupt nicht auszukommen sei. In der Diskussion sprach sich Wilms (Feilenhauer) für den Antrag aus, indem er betonte, daß gerade die Feilenhauer der Unterstützung es verdanken könnten, daß sie zu 1/2 organisiert seien und dadurch wieder in die Lage gekommen sind, einen geordneten Arbeitsnachweis zu führen. Auch Hänschen ist im Prinzip dafür und ist Leyser gegenüber der Ansicht, daß auch eine verhältnismäßig geringe Unterstützung im Nothfalle immer besser als nichts sei. Herbst ist ebenfalls dafür, weil diese Angelegenheit mit dem Prinzip der Arbeiterfrage absolut nichts zu thun hat. Gleichzeitig betont er, daß die Berliner Metallarbeiter sowie auch 2 Kontorenzen sich für den Antrag ausgesprochen. Uebrigens hindere uns ja nichts, im ungünstigsten Falle die Arbeitslosenunterstützung wieder abzuschaffen. — Ein inzwischen eingelaufener Antrag auf 10 Minuten Redezeit wird abgelehnt. Säder weist verschiedene von Leyser angeführte Beispiele zurück und betont, daß bei Annahme des Antrages auch der berühmte § 20 falle, der dem Verband ebenfalls enorme Einnahmen gekostet hat. Spiegel erklärt, daß er im Laufe der letzten 2 Jahre ebenfalls zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß es uns nur nützen kann, wenn der Antrag des Vorstandes angenommen wird und er verwahrt sich entschieden dagegen, daß wir dann mit den Firsch-Dunder'schen einverstanden wären. Da sich viele der Anwesenden entzweiten und noch mehrere Redner eingezeichnet sind, wird ein Antrag auf Vertagung angenommen und beschlossen, im Januar noch eine Versammlung stattfinden zu lassen und wurden die Kollegen erjucht, für dieselbe tüchtig zu agitieren.

Eßlingen. Ein in der Bijouteriefabrik von U. Gutten-Locher am Montag den 12. Dezember ausgebrochener Streik, an dem 49 Goldarbeiter und 27 Arbeiterinnen, die im D. M. V., sowie 14 Graveure und Fasser, die im Verband der Graveure und Bijeleure organisiert sind, theilhaftig waren, wurde am Donnerstag, den 14. Dezember für beendet erklärt, nachdem die Differenzen zu Gunsten der Ausständigen beigelegt waren. — Bei dieser Gelegenheit konnte wieder die Beobachtung gemacht werden, wie schnell Differenzen beigelegt werden können, wenn der Unternehmer sich einer geschlossenen Organisation gegenüber sieht. Mögen die Eßlinger Metallarbeiter dies auch beherzigen.

Stillingen. Es ist an der Zeit, einmal die Zustände, die in der Werkzeugmaschinenfabrik des Herrn Kommerzienraths Lorenz herrschen, zu beleuchten. Bei dieser Firma, die zirka 200 Arbeiter beschäftigt, wird seit Jahresfrist allabendlich mit geringen Ausnahmen bis 8 Uhr, mitunter bis 12 und 2 Uhr Nachts gearbeitet. Der Arbeiter-Ausschuß, der diesen Sommer beim Prinzipal vorstellig wurde, um die vielen U.berstunden abzumachen, wurde kurz abgewiesen mit dem Bemerkten: „Wem es nicht gefällt, mag gehen, gestreikt wird bei mir nicht, Ueber schließe ich die ganze Bude, ich habe zu leben.“ Es sind also nicht gerade Nahrungsorgen, die Herrn Lorenz veranlassen, eine solche Arbeitszeit einzuführen. Mit Bestimmtheit aber kann angenommen werden, daß, wenn eine geregelte Arbeitseinteilung bestände und nicht durch kuriose Anordnungen des Prinzipals selbst erhebliche Verzögerungen in der Arbeit eintreten würden, auch ohne Ueberstunden die gleichen Aufträge erledigt werden könnten. Es sei hier nur erwähnt,

daß Herr Lorenz vor etlichen Wochen beim Betreten der Fabrik der Särm, den 8 bis 10 Mann beim Ausmeißeln großer Gußteile verurachten, zu stark erschienen. Sofort mußten dieselben die Eisenhammer weglegen, sie meißeln jetzt mit — Holzhammern! Sollte einem Arbeiter die Sache zu langsam gehen, so kann er auf beste Art zu kommerziell-räthlichen Dhrselgen kommen, wie es neulich einem solchen von 18 Jahren ergangen ist, ohne daß derselbe auch nur die Veranlassung hierzu kannte. Ein Wunder ist es daher, wenn die Leute täglich davonlaufen (Kündigung gibt's nicht). Nach Ansicht des Herrn Kommerzienraths scheint es fast, daß es sich ein Arbeiter zur größeren Ehre anrechnen darf, mit allen möglichen Schimpfnamen bedacht zu werden. Nähere Angaben hierüber seien mit Rücksicht auf das Beschämende für die Betroffenen unterlassen. Erst vorige Woche mußte der jetzt 52 Jahre alte Schlosser M., der 8 Jahre zur Zufriedenheit des Herrn Lorenz thätig war, die Arbeit niederlegen aus ganz geringfügigem Anlasse. Das charakteristische in diesem Falle ist noch, daß M. anlässlich des Besuchs des Großherzogs J. S. von Herrn Lorenz gebeten wurde, eine Ansprache zu halten. M. kam dieser Aufforderung nach, was ihm von Arbeitskollegen Vorwürfe, vom Prinzipal eine Uhr mit Widmung zur bleibenden Erinnerung einbrachte. „Doch mit des Geschickes Vächtern ist kein ewiger Bund zu schließen.“ Jedenfalls hat dem Arbeiter M. die Respektierung des kommerziell-räthlichen Ausspruches: „Ich will in meinem Geschäft keine mit grauen Haaren sehen“ zu seinem raschen „Fortkommen“ verholfen. Vor wenigen Jahren noch sind dertartige Maßregelungen an dem solidarischen Verhalten der Arbeitskollegen gescheitert. Damals zählte die Verwaltungsstelle des D. M.-B. noch 40 Mitglieder, während jetzt kaum noch 12 Mitglieder zu verzeichnen sind. Darum rafft Euch auf Kollegen, laßt Euch nicht stets durch große Versprechungen betören, mit denen der Herr, wenn er seine gute Stunde hat, nur so um sich wirft, sondern tretet ein in die Reihen eurer kämpfenden Kollegen, die sich zur Aufgabe gemacht haben, dem Arbeiter auch eine menschenwürdige Behandlung durch die Unternehme zu sichern.

Gerassühl 6. Nürnberg. Am Sonntag, den 11. Dez., fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Der Referent, Kollege Gutmann, sprach über Zweck und Nutzen der Organisation. Im Eingang seines Vortrages wies Redner auf die Entstehung, die Kämpfe und Errungenschaften der Gewerkschaften hin. Ohne die Organisation wäre die wirtschaftliche Lage der Arbeiter eine noch viel schlimmere als sie es ohnehin schon ist. Redner entwarf nun ein anschauliches Bild von dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Das Bestreben der Kapitalisten sei einzig und allein auf den Profit gerichtet, je höher der Gewinn, desto größer die Profitgier. Die Arbeiter dagegen seien gezwungen, sich zur Wehre zu setzen, um ihre Lebenshaltung nicht auf die tiefste Stufe, auf die des Thieres, herabdrücken zu lassen. Die Arbeiter hätten die heiligste Pflicht, sich zusammenzuscharen und Schulter an Schulter zu kämpfen für eine bessere Lebensstellung. — Kollege Stelz wies besonders auf die Zustände hin, die in den Blattmetall- und Bronzeabriken, auch Knochenmühlen genannt, herrschen. Durch die ungeheure Staubentwicklung würden die Lungen der Arbeiter frühzeitig zu Grunde gerichtet, da es noch oft an der nötigen Ventilation fehlt. Wie die Arbeiter in diesen Fabriken mitunter behandelt werden, zeigt ein anderer Kollege an dem Beispiel einer bekannten Firma, die ihre Arbeiter, wenn sie alt geworden sind, einfach entläßt. Nachdem noch verschiedene Kollegen zum Beitritt in den Metallarbeiterverband aufgefordert hatten, wurde eine Resolution angenommen, dahingehend, daß die mißliche Lage der Metallarbeiter im Allgemeinen und die der Arbeiter in den Blattmetall- und Bronzeabriken im Besonderen nur dadurch verbessert werden könne, wenn sich die Arbeiter dieser Branche Mann für Mann dem deutschen Metallarbeiterverband anschließen. Der Vorsitzende, Kollege Seibold, gab noch einige Aufforderungen in Bezug auf die Leistungen des deutschen Metallarbeiterverbandes und die Rechte und Pflichten der Mitglieder und schloß hierauf die interessante Versammlung — Damit der Staat nicht „umgepflügt“ werde, war der Bürgermeister von Reichelsdorf, Herr Haffelmann, erschienen, geschmückt mit dem blauen Halsband und dem Abzeichen des Standesbeamten, wie es sonst nur bei Trauungen üblich ist, was der Versammlung eine besondere Weihe verlieh und bei den Anwesenden allgemeine Bewunderung hervorrief.

Hannover. Am 17. Dezember fand im Saale des Ballhofes die Generalversammlung der allgemeinen Zählstelle statt. Den Bericht der Ortsverwaltung erstattete Bornmann. Redner bedauerte, daß trotz allen Aufwandes der Ortsverwaltung die Mitglieder in den Versammlungen durch Abwesenheit glänzen. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Bornmann als 1., Tümmel als 2. Bevollmächtigter; Gärtner als 1., Sturm als 2. Kassierer; Rolze, Gless und König als Revisoren. Beim 2. Punkt wurden die Anträge, die den Hannover zur Generalversammlung gestellt werden diskutirt, worauf ein Antrag angenommen wurde, daß man zur Arbeitslosenunterstützung erst einen Korreferenten haben möchte. Zu Delegirten wurden vorgeschlagen: Deyer, Schröder, Bornmann, Sehle, Gärtner, Deyer, Dreyer und König.

Fresfeld. In der Dreherei der Maschinenfabrik von H. Schwoer wurde durch den Drehermeister am 29. Novbr. eine 5prozentige Affordreduktion auf einer Band und auf zwei Bändern mit Gehring eine 10proz. angekündigt, die folgenden Tages in Kraft treten sollte. Am kommenden Morgen wurde ein Anschlag vorstellig. Herr Schwoer nahm die Mediation zurück, verlangte aber für das Nachmachen jeden Dreherpfeils 10 S. Der Anschlag wurde wieder vorstellig und Herr Schwoer nahm auch dieses zurück, wollte aber in 14 Tagen eine neue Affordliste anhängen. Am kommenden Samstag wurden nun 4 Mann (3 vom Anschlag) gekündigt. Die übrigen Dreher sahen dies als Maßregelung an, erklärten sich mit ihren gekündigten Kollegen solidarisch und trichen ebenfalls ihre Kündigung ein. Nachdem sich nun ein anderer Anschlag gebildet hatte, wurde dieser noch 3 Mal vorstellig. Herr Schwoer erklärte, wir hätten uns an den 4 Mann nicht stören. Am Samstag vor Ablauf der Kündigungsfrist ging Schwoer eine Bekanntmachung aus, wonach diejenigen Dreher, die selbst gekündigt haben, bis nächsten Mittwoch wieder in Arbeit treten können, wenn sie bis dahin ihren diesbezüglichen Entschluß auf dem Kompiotr mitgeteilt haben, jedoch nur insoweit, als noch Dreher erforderlich sind. Nachdem

mit Schwoer keine Einigung zu erzielen war, traten sämtliche Dreher am 17. Dezember in den Streik ein. Herr Sch. erklärte, er wolle Alles zurücknehmen, wenn öffentlich bekannt gemacht würde, daß bei ihm keine Differenzen stattgefunden hätten. Außerdem bedauerte er, daß sämtliche Dreher dem D. M.-B. angehörten. Wir bitten, den Zugang fernzuhalten! **Fresfeld.** In der Versammlung am 17. Dezember wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Schwarz als Bevollmächtigter, Schmidtchen als Kassierer, Kleinert als Schriftführer, Walter und Leber als Revisoren. Punkt 2 war: Arbeitslosenunterstützung. Zwei Redner traten für dieselbe ein, die anderen waren dagegen, da der jetzige Beitrag für unsere Verhältnisse fast schon zu hoch sei. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Mitglieder-Versammlung erklärt sich ganz entschieden gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, sowie gegen jegliche Beitragserhöhung und spricht den Wunsch aus, daß die nächste Generalversammlung Rücksicht auf die kleineren Städte, sowie namentlich auf unsere Provinz Schlesien mit den niedrigsten Löhnen nehmen möge. Würde der Antrag durchgehen, so stände die Existenz der meisten schlesischen Filialen auf dem Spiele.“ Döring wurde als Kandidat zur Generalversammlung, als Delegirte zur Bezirksversammlung nach Breslau Döring und Meier gewählt. Dann wurde das Verhalten der hiesigen Girsch-Duncker'schen Gewerkschaften gekennzeichnet. Da wir am 18. Dezember eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung abhielten, hatten wir ein Flugblatt mit Einladung zu derselben drucken lassen. Zwei unserer Kollegen hatten sich nun vor das Thor der Firma Felix Häbner gestellt, um das Flugblatt im geschlossenen Couvert zu verbreiten. Als schon über 100 Stück ausgegeben waren, erhielt auch ein gewisser Herr Nieger — eine Vereinsgröße unserer Girsche — eines derselben. Er holte nun gleich einen Meister der Firma. Unseren Genossen wurde der Aufenthalt vor dem Thore verboten und schließlich auf unseren Verband geschimpft. Man wolle bloß Leute aufheben, wir sollten lieber arbeiten. Dabei ist nur zu bemerken, daß unsere Genossen schon von 1 1/2 Uhr Fröh dort gestanden haben, aber trotzdem um 6 resp. 7 Uhr wieder an der Arbeit sein mußten. Dieselben hatten also ihre Nachtruhe zum Theil eingebüßt. Ob die Herren Gewerksverleiher auch solche opferfreudige Mitglieder besitzen? Wie weit es mit der Bildung der Herren her ist, beweisen die Ausdrücke des Herrn Nieger: „Wenn Ihr nicht gleich macht, daß Ihr wegfommt, gib's verfl. Schn“

Limbad. Am 11. Dezember fand im Hotel Johannesbad eine Mitglieder-Versammlung statt. Der Bevollmächtigte sprach sein Bedauern darüber aus, daß trotz genügender und besonderer Einladung der weit größte Theil es vorzog, fern zu bleiben. Es wurde dann vom Bevollmächtigten Bericht erstattet und ist besonders zu bemerken, daß, trotzdem 38 Kollegen neu beigetreten, die Zahl auf 62 geblieben ist, wie bei Beginn des Geschäftsjahres. Der Antrag des Vorstandes auf Arbeitslosenunterstützung wurde vom Bevollmächtigten Alom in seiner Sicht- und Schattenseiten beleuchtet. Die Annahme des Antrages schade der Organisation mehr als sie nütze, der Fabrikant hätte den Nutzen und Vortheil davon, da die alten Arbeiter am Ort bleiben und er sie zu jeder Zeit und um jeden Preis wieder haben kann. Ohne Arbeitslosenunterstützung gehen die alten auch nicht fort und der Fabrikant kann ihnen dann erst recht den Preis diktiren. (Neb.) Auch würde dadurch die Agitation erschwert und die Neuzutritte vergrößert. (Wer respirt, erhält keine Unterstützung, Red.) Es sei diese Frage in der nächsten Versammlung, die im Januar stattfindet, noch einmal be-rathen werden.

Finden 6. Hannover. In der letzten Versammlung der allgemeinen Verwaltungsstelle erstattete Fenske den Bericht der Verwaltung. Aus der Wahl gingen hervor: Fenske als 1. Dreyer Omm als 2. Bevollmächtigter; Kreineyer als 1. Appel als 2. Kassierer; Heimke, Lämmer, Vogel als Revisoren; Gille, Schürer als Bibliothekare; Fied und Wapernmann als Korporanten. 2. Punkt war: Stellungnahme zur Generalversammlung und Annahme eines Kandidaten. Die Anwesenden waren gegen Stellungnahme in der heutigen Versammlung. Es wird hierzu die nächste, am 7. Januar stattfindende Versammlung abgesehen. Auf Vorschlag von Fied wurde Johann Fenske als Kandidat aufgestellt. Ein Antrag von Koblarsky-Wapernmann wurde angenommen, nach welchem die nächste Versammlung vermittelst gedruckter Couverts einberufen werden soll. Es werden sodann von verschiedenen Kollegen Klagen geführt über späte Zusendung der Zeitung. Die Korporanten erklärten, daß verjährentlich die Zeitung so spät käme, daß es nicht mehr möglich sei, sie vor der Versammlung zu kopiren. K. Wapernmann er-läutete, daß der Reichslistal mehrfach bekannt zu geben, da der Reichs am Hebrigen ein mangelhafter sei. Gille stellt die Frage: Wie stellen sich die Findener Formet, resp. der Verband zum genannten Formettag? Es wird eine vorläufig abzuwartende Stellung eingenommen. — Reichs- und Versammlungskolleg bei Gajndirich A. Sonnemann, Wöttingerstr.

München. 25. Dez. In der heute hier tagenden Konferenz der jubelnden Verwaltungsstellen wurde eine Resolution zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung mit 17 gegen 4 Stimmen angenommen.

Howes. Am 12. Dezember fand die alljährliche Generalversammlung statt. Die Verwaltungsstelle wurde am 8. November 1897 gegründet, jetzt zählt sie 42 zahlende Mitglieder. Im Laufe des Jahres hatten wir eine Maßregelung zu verzeichnen. Das Einzahlungssystem wurde eingeführt und hat sich gut bewährt. Als Bevollmächtigter wurde Paul Wagner, Schloßer, Kattowes, Baumgarten 1. als Kassierer Gustav Säge, Maschinenf. A. Jungstr. 4. als Revisoren Caplia, Boyel und Seifert gew. H. Für Schlauch-tete wurde ein Vertrauensmann und ein Sachvertreter auf-gestellt (H. Seimann und Feing). Von einigen Mitgliedern wurden gegen den früheren Bevollmächtigten Seimann Klagen vorgebracht, es stellte sich aber heraus, daß die ganze Sache von den in Schlauch-tete beschäftigten Gewerksverleiheren her-zügte, wobei Red und Witzwort die Rolle spielten. Es wurde daher die Klage als ungerichtet abgewiesen und dem Kollegen Seimann ein Vertrauensvotum von der jetzt besagten Versammlung ausgesprochen und beschloßen, dies in der Zeitung zu veröffentlichen.

Nürnberg. Sitzung der Schlichter, Polizier und Ver-nichter In der am 10. Dezember abgehaltenen Mitglieder-versammlung wurden in die Ortsverwaltung gewählt: als Bevollmächtigter Joh. Greif, als Kassier Joh. Ullerr., als

Revisoren P. Köhlerberger, Joh. Hach und M. Ammon. Die Mitgliederzahl ist auf 130 gestiegen. Die Sektion macht langsame aber stetig Fortschritte.

Nathenow. Wie schon gemeldet, sind in der Vernichter-Werkstatt des Herrn F. Henne, Rauenestrasse 2, Lohn-differenzen ausgebrochen. Herr Henne erklärte am Sonn-abend, den 10. Dezember, daß er den bis jetzt am Gebot-tarif (Affordlohn) nicht mehr zahlen könne, er müßte 50 S pro Tagend in Abzug bringen, und zwar auf jede Dualität; wer dafür nicht arbeiten wolle, könne sofort aufhören. Einer von den 5 Kollegen erklärte: „Ja, Meister, ich mache sie da-für, und auch wenn ich sie eine Mark billiger machen soll.“ Auf die Frage eines Kollegen, ob dies sein Ernst sei und ob er sich nicht anschließen möchte, erklärte dieser Arbeitswillige, er wolle vom Verband nichts geschenkt haben, übrigens mache er, was er wolle. Er war organisiert, ist aber wegen resti-render Beiträge ausgeschlossen worden. Die anderen 4 Kol-legen erklärten sich solidarisch. Es wurde ihnen vom Bevoll-mächtigten der Rath ertheilt, am 12. Dez. Vormittags noch-mals vorstellig zu werden und H. darauf aufmerksam zu machen, daß sie noch 14 Tage den vollen Affordlohn zu be-an-spruchen haben. Aber H. erklärte: am Montag, daß er ja allenfalls für eine Sorte den alten Preis zahlen wolle, wenn von dieser Sorte welche bestellt werden, sonst nicht, und für die anderen Dualitäten könne er nicht mehr den alten Preis bezahlen. Die 4 Kollegen haben die Sache beim Ge-werbegericht angängig gemacht. Die Kollegen hätten bei der Reduktion einen Verlust bei 5 Dugend = 2,50 M pro Woche, weniger jährlich 130 M, das würde einen Ertragewinn er-gaben für F. Henne von 5 x 130 = 650 M Am Sonnabend 17. Dezember tagte im Saale des Herrn F. Stockfisch eine Brancherversammlung sämtlicher Vincenezarbeiter, in der der Streit bei Henne auf der Tagesordnung stand. Es wurde der Beschluß gefaßt, über die Werkstatt von Henne die Sperre zu verhängen.

Schwabach. Am 19. Dezbr. fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Arbeitslosenunterstützung und Beitragserhöhung. Kollege Haffel aus Nürnberg hatte das Referat übernommen. Nach kurzer Diskussion wurde gegen 1 Stimme folgender Beschluß gefaßt: Die Versammlung ist für Einführung der Arbeits-lo-senunterstützung nach dem Vorschlag des Vorstandes. Sie ist mit einer Beitragserhöhung von 10 S resp. 5 S ein-ver-standen.

Esslingen. In unserer am 17. Dez. abgehaltenen Versammlung referirte Kollege Zimmermann über die Arbeits-lo-senunterstützung. Er sei kein positiver Gegner der Arbeits-lo-senunterstützung, deren Einführung s. jedoch z. Bt. „ver-früht“. Eine sogenannte Arbeitslosenunterstützung bestehe nach seiner Auffassung schon im § 2c. Der springende Punkt, um den sich hauptsächlich der Streit drehe, bestehe in der Beitragserhöhung von 10 S pro Woche und diese lasse sich, nachdem erst vor drei Jahren eine Beitragserhöhung statt-gefunden habe, nicht gut riskiren. Man solle eher der Bei-tragserniedrigung näher treten, um es auch den schlecht be-zahlten Kollegen zu ermöglichen, Mitglied zu werden. Den Nutzen der geplanten Unterstützung würden doch nur zweifel-hafte Elemente und Saisonarbeiter haben. Mit der Durch-führung dieser Frage solle man noch 6—8 Jahre warten, um dann mit den gesammelten Erfahrungen (welchen Erfahrungen? Neb.) erfolgreicher operiren zu können. In der Diskussion, an der sich verschiedene Kollegen beteiligten, erjudt Kollege F., den Ausführungen von F. nicht beizustimmen, da die Ein-führung der Arbeitslosenunterstützung keine prinzipielle, son-dera eine taktische Frage sei und auf der Lösung dieser Frage die Existenz des D. M.-B. basire. Der hohen Zahl der Ein-tretenden stehe die hohe Zahl der Austritte gegenüber, was doch zur Evidenz beweise, daß die Mitglieder nach enttäuschten Hoffnungen dem Verband wieder Balet jagen. Darin liege eben das Wesen des neuen Unternehmens, ein Bindemittel zu schaffen, um diesen ungünstigen Verhältnissen entgegenzu-treten und nicht nur den lebigen Mitgliedern die Unterstüt-zung zu gewähren, was doch vom Standpunkt des Rechts nur zu billigen sei, und ferner die Mitglieder im Kampfe ums Dasein widerstandsfähiger zu machen. Redner ist der An-sicht, daß mit einer Beitragserhöhung von 5 S auszukommen wäre, wenn nicht eine kritisch größeren Umfangs eintreten würde. Im weiteren Verlauf der Versammlung wird noch der Wunsch ausgesprochen, die Ansicht der hiesigen Mitglie-dern in der „M.-A. Ztg.“ zu veröffentlichen, welche dahin geht, daß einer Beitragserhöhung von 5 S zugestimmt wer-den könnte, ein Mehr jedoch den Ruin der Zählstelle bedeuten würde.

Weissenau. In unserer am 18. Dez. abgehaltenen Versammlung wurde die bisherige Ortsverwaltung wieder gewählt, nur an Stelle von Nikolaus trat Koch als Revisor. Als Delegirter für den 27. Bezirk (Mainz) wurde Joseph Hausmann in Mainz vorgeschlagen. Am 8. Januar 1899 findet die Wahl für die Mitglieder der Verwaltungsstelle Weissenau in einer hierzu einzuberufenden Versammlung um 10 Uhr Vormittags im Lokale von Jos. Bal. Gill, Kömer-strasse, statt. Als Delegirter zu der am 15. Jan. in Mainz, stattfindenden Bezirks-Konferenz wurde Gen. Gammien be-stimmt. Am 29. Januar soll eine gemüthliche Abend-Unter-haltung veranstaltet werden.

Reißezeugmacher.
Nürnberg. In der Eckert'schen Reißezeugfabrik am Menneweg dahier wurde Ende November bei den Polizern in sofern ein neues Strafsystem eingeführt, als auch diejenigen, die bei Beginn der Arbeitszeit zwar schon das Fabrikthor passiert hatten, aber noch nicht an ihrem Platz stehen, ge-straft werden sollten und auch in der ersten Woche gestraft wur-den. Die Worte: „Im Wiederholungs-falle exemplarisch u.“ waren auf dieser Verordnung setzgedruckt. Da die Leute im Afford arbeiten und sie durch ihren Beruf ge-zwungen sind, sich vor Beginn der Arbeitszeit umzukleiden, legten sie dem Betriebsleiter nahe, diese Verordnung zurück-zunehmen. Die Antwort darauf war echt kapitalistisch: Dem es nicht paßt, der kann ja gehen. Dies befolgten nun auch sämtliche Polizierer und legten am 30. November die Arbeit nieder. Die Leute, die sämtlich organisiert sind, wandten sich an ihre Sektion, und dieselbe berief am 1. Dezember eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ein. In dieser Ver-sammlung, der auch der Betriebsleiter Aufßberg sowie der Werksmeister Bauer, eriteter mit Vollmacht von Herrn Eckert ver-jehen, beiwohnten, wurde das Verhalten der Polizierer ein-timmig gutgeheißen. Ferner wurde beschloßen, nachdem auch

die Heißezeugmacher erklärten, mit in den Ausstand zu treten, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis auch die übrigen Nebelstände, die in Menge vorhanden sind, abgeschafft werden. Es wurde in den Hauptpunkten gefordert: 1. Einsetzung eines Arbeiterausschusses. 2. Abschaffung der Kauttionen (solche wurde den Arbeitern im Betrage von 20—50 Mk von ihrem Lohn abgezogen ohne daß sie Zinsen von diesem Gelde erhielten). 3. Einführung einer einheitlichen Kündigungsfrist. (Ein Theil der Arbeiter hatte 1 Woche, andere 2 und 4 Wochen Kündigungsfrist.) Die Arbeitszeit von 60 auf 58 1/2 Stunden zu verkürzen (1 1/4 Stunde Mittagspause). 5. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. 6. Die Bestimmungen gelten für alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik. — Diese Forderungen wurden Herrn Eckert noch Nachts um halb 2 Uhr durch seinen Betriebsleiter übermittelt und er bewilligte sie anstandslos durch Unterschrift, jedoch noch Nachts um 2 Uhr der Beschluß gefaßt werden konnte, Früh 7 Uhr die Arbeit im vollen Umfang wieder aufzunehmen. Dies geschah auch und es wurden am selbigen Tage die Kauttionen zurückbezahlt, eine eintägige Kündigungsfrist eingeführt, die Mittagspause um 1/4 Stunde verlängert und der Arbeiterausschuss eingesetzt. Doch Herr Eckert kannte, mußte, daß die Sache nicht von langer Dauer sein werde. Nachdem er schon ein Verwaltungsmittglied der Sektion mit einer Einladung zum Sühneterrain beauftragt, fing er an, den neugewählten Arbeiterausschuss einzuschüchtern. Er legte ihm unter Anderem ein Schriftstück vor, worin er darlegte, daß er gekommen sei gegen die ausständigen Polierer, eventuell auch gegen die Verwaltung der Sektion durch seinen Anwalt Klage beim Staatsanwalt einzureichen wegen Erpressung. Herr Eckert scheint sich in seinen Träumen in Sachen aufzuhalten, sonst würde er uns nicht für so dumm halten, daß wir durch solche Dinge uns einschüchtern lassen würden. Wer hat die Arbeiter, „denen es nicht paßt“, zunächst auffordern lassen, die Fabrik zu verlassen? Wer hat Herrn Eckert gezwungen, die Forderungen zu unterschreiben? Hielt er sich nicht am Abend der Versammlung in der Nähe auf und zwang uns, noch am selben Abend durch seinen Betriebsleiter die Forderungen zu formulieren?

Trotzdem nun in den Forderungen der Punkt enthalten war: Maßregelungen dürfen nicht vorkommen, wurde am letzten Sonntag 12 Arbeitern gekündigt unter dem Vorwande, es sei nicht genug Arbeit vorhanden. Hält man in dieser Weise Wort den Arbeitern gegenüber? Nun, die Arbeiter haben die wirklichen Gründe erkannt und in einer Werkstättenversammlung einstimmig beschlossen, nachdem noch der letzte Versuch gemacht war, durch nicht in der Fabrik beschäftigte Personen, die Sache beizulegen, mit den gekündigten Kollegen dieses Eldorado zu verlassen und sich anderweitig Arbeit zu suchen. Sie wissen ganz genau, daß die Arbeit vorhanden ist, die alten Zustände wieder einzuführen und die alten Kollegen nach und nach durch willigere zu ersetzen. Sie stellen keine weiteren Forderungen, denn sie müßten da ganz andere Garantien haben, als das Wort des Herrn Eckert. Die Sektion der Heißezeugindustrie verhängt mit Genehmigung des Hauptvorstandes die Sperre über betr. Fabrik für alle Arbeiter der Heißezeugbranche. Die Kollegen werden aufgefordert, in Zukunft diese Werkstätte zu meiden, Herr Eckert wird sich alsdann die Lehre daraus ziehen können, ob die Organisation das ist, für was er sie hält. Auf alles Andere behalten wir uns vor, wenn nöthig, noch näher einzugehen.

Zinngießer.

Nürnberg. In unserer am 5. Dezember abgehaltenen Generalversammlung ergab die Wahl der Ortsverwaltung: Bevollmächtigter: Hans Menau, Hindelwiesenstr. 27, III, Kassier: Fritz Späth, Pegoldstr. 11, I, Revisoren: Paul Distler, Bullmannstr. 38, Hans Weber, Pegoldstr. 11, I, Franz Kraus, Hirtengasse 6, II.

Feilenhauer.

Duisburg. Am 18. Dezember wurde die Wahl der Ortsverwaltung der Feilenarbeiter vollzogen; es wurden gewählt: Joh. Casper als Bevollmächtigter, Math. Schneider als Kassierer, Fritz Marwick als Schriftführer. Der Arbeitsnachweis wurde Joh. Casper, Duisburg-Neudorf, Sternbuschweg 192, II, übertragen. Es wird ersucht, den Arbeitsnachweis nicht zu umgehen, widrigenfalls das Geschehen entzogen wird. — Zu bemerken ist noch, daß der Kollege Wilh. Göbler aus Velbert sich telegraphisch an einen Meister in Duisburg wendete, um Arbeit zu erlangen, auch fügte er Retourporto bei.

Essen. Vor Zuzug nach der Werkstätte des Feilenhauermeisters Falkenberg jr. wird gewarnt.

Halle a. S. Die am 17. Dezember abgehaltene Versammlung der Feilenhauer beschäftigte sich mit der Neuwahl der Ortsverwaltung. Zum Bevollmächtigten wurde Kollege Robert Fiedler, zum Kassierer Karl Schulze, als Revisoren Kolbenbach und Reichelt gewählt. — Der Streik der Ummenborfer Kollegen dauert unverändert fort. Ein Arbeitswilliger, Ulrich, hat sich bereit gefunden, seinen Kollegen in den Rücken zu fallen. Erst war sein Arbeitgeber froh, daß er ihn los war, jetzt ist er natürlich willkommen. Herr Pösch geniert es noch immer, was seine Klassenossen denken würden, wenn er nachgibt, was aber die ganze Arbeiterschaft denkt während der frohlichen Weihnachten, die er seinen Arbeitern beschert, ist ihm sehr gleichgültig. — Ebenfalls höchst anständig ist der Meister in Neblis in Thüringen, derselbe loost die 2 Kollegen dort hin, bezahlte dann aber nur etwas über die Hälfte von dem versprochenen Preis. — Der Arbeitsnachweis ist noch bei W. Faulmann, Gartenstraße 7. Alle Briefe und sonstigen Sendungen sind zu richten: Rob. Fiedler, Wiebichenstein b. Halle a. S., Neilstr. 102.

An die Metallarbeiter in Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck.

Laut Beschluß der letzten Konferenz, die nächste vor der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes abzuhalten, beruht die unterzeichnete Kommission die Konferenz auf Sonntag, den 15. Januar 1899 nach Neumünster ein. Lokal: „Glynum“.

Tagesordnung:

- 1) Thätigkeitsbericht der Agitationskommission.
- 2) Kasienbericht.
- 3) Statistik (Referent: Kollege Quist).

- 4) Arbeitslosenunterstützung (Referenten: Rohrbirch, Nische und Wissell-Kiel).
- 5) Die bevorstehende Generalversammlung.
- 6) Sonstige Anträge.
- 7) Neuwahl des Sitzes der Agitationskommission.
- 8) Verschiedenes.

Die Agitationskommission der Metallarbeiter für Schleswig-Holstein.

An die Verwaltungsstellen des D. M.-V. in Schlesien und Posen.

Die in Nr. 50 der „Metallar.-Ztg.“ bekannt gegebene Konferenz für Schlesien und Posen findet am 15. Januar 1899, Vormittags 10 Uhr, in Zabel's Restauration, Kleine Groshengasse, in Breslau statt.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen und mitzutheilen, mit welchen Zügen und an welchem Bahnhof die Delegirten in Breslau eintreffen.

Mit kollegialem Gruß

J. A.: P. Hoffmann,
Breslau, Mehlgasse 42.p.

Technisches.

Einrichtung, um das Heißlaufen von Wellen oder Achsen sichtbar zu machen und sichtbar zu erhalten. An der Achse oder dem Lager ist an geeigneter Stelle ein abschmelzbarer Pfropfen aus leicht schmelzbarem Metall angebracht. Sobald die Temperatur der Welle oder Achse sich erhöht, also sobald die Welle oder Achse warm zu werden beginnt, schmilzt der Pfropfen ab und verschwindet. Der vordere Theil des Pfropfens kann auch als Glühlampe ausgebildet sein, welche beim Abschmelzen erlischt. Hieraus ergibt sich ein neues System der Prüfung der Eisenbahnschienen auf Erwärmung, indem der prüfende Beamte beim Aufgeben des Lagerdeckels, sobald er die Kugel nicht mehr an ihrem Platze bemerkt, sofort weiß, daß eine zu hohe Erwärmung der Achse stattgefunden hat. Das bisherige Prüfungssystem durch Handanlegen an das Lager ermöglicht nur die Feststellung der augenblicklichen Erwärmung, während die vorher erfolgte Erwärmung der bereits wieder erkalteten Achse oder des Lagers sich nicht konstatiren läßt. Im letzteren Falle läßt man bisher den Wagen ruhig weiter laufen, dessen Achse sofort wieder heiß zu laufen beginnt, während bei der vorliegenden Einrichtung ein Ausweichen des gefährdeten Wagens erfolgen muß. Falls sich auf dem Zuge eine elektrische Stromquelle befindet, kann die abgeschmolzene Kugel zwischen Kontaktstreifen aufgefangen werden und so den Schluß in einer elektrischen Leitung mit Alarm- und Sicherheitsapparaten bewirken. Alsdann würde der Zug sofort selbstthätig zum Stillstand kommen, sobald eine Achse im Zug heiß zu laufen beginnt. Bei industriellen Betrieben können sämtliche Lager und Wellen elektrisch mit einem Tableau im Maschinenraume oder in dem Bureau des Betriebsleiters verbunden sein.

Säurefreies Lötlwasser. Zur Darstellung von säurefreiem Lötlwasser bringt man in Salzsäure Zinkblechabfälle, und zwar in solcher Menge, daß nach vollkommener Sättigung noch ein Ueberschuß von Zink vorhanden ist. Nach einigen Tagen ist das überschüssige Zink zu entfernen, die Lösung dann mit der gleichen Menge Wasser zu verdünnen und zu filtriren. Nun setzt man tropfenweise Ammoniaklösung hinzu, so lange bis sich der anfangs entstehende Niederschlag gerade wieder gelöst hat. Nicht man die Lösung von Chlorzinkammonium mit Stärkekleister, so erhält man eine trübliche Flüssigkeit, die als Lötlpaste dann Verwendung findet, wenn die Form des zu löthenden Gegenstandes die Verwendung von flüssigem Lötlwasser schlecht gestattet. Das Lötlwasser eignet sich sehr gut zum Löthen von Weißblech, Eisen und Messing. Das Loth für verzinkten Eisenblech besteht aus drei Theilen Blei und einem Theil Zink.

Gerichts-Zeitung.

Verurtheilung auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung. Zu je einem Monat Gefängniß wurden vom Schöffengericht in Wolfenbüttel zwei vordem vollständig unbescholtene Former verurtheilt, die am Streik in der Eisengießerei von Brandes u. Co. theilhaftig waren. Der eine soll, was er jedoch bestritt, zu einem Fachgenossen gesagt haben: Wenn er nicht die Arbeit niederlege, sei er ein Streikbrecher und sein Name werde in den Zeitungen bekannt gemacht werden. Der andere Verurtheilte soll zu einem Fachgenossen gesagt haben: „Wollt ihr uns denn wirklich in den Rücken fallen? Nun, Ihr müßt ja wissen, was Ihr thut. Euer Name wird dann aber in der Metallarbeiter-Zeitung bekannt gegeben.“ Wie der Braunschweiger Volksfreund mittheilt, ist in der Verhandlung nicht festgestellt worden, ob sich einer der Former, gegen die sich die inkriminirten Aeußerungen richteten, durch dieselben bedroht oder in seiner Ehre verletzt gefühlt hat.

Zuzug fernhalten! auch in Preußen strafbar. Der frühere verantwortliche Redakteur des „Volksblatt für Halle“, Lehmann, ist seinerzeit in allen Instanzen von der Anklage freigesprochen worden, durch die Veröffentlichung jener Aufferforderung groben Unfug verübt zu haben. Sein Nachfolger, Weismann, erzielte in gleicher Sache beim Schöffengericht und beim Landgericht ebenfalls ein freisprechendes Urtheil. Das Oberlandesgericht in Naumburg entschied aber, daß in dem Falle „Zuzug fernhalten!“ die Möglichkeit einer Beunruhigung liege, und verwies die Sache an das Landgericht zurück, das nun auch in der Sitzung vom 8. Dezember den Redakteur Weismann zu 5 Mk. Geldstrafe oder einem Tage Haft verurtheilt hat, weil die in Frage kommende Notiz objektiv geeignet wäre, unter den Arbeitgebern eine Beunruhigung hervorzurufen.

Lagelohn und Akkordlohn. Ist ein Arbeitnehmer gezwungen, eine im Lagelohn begonnene Arbeit auf Verlangen des Arbeitgebers im Akkordlohn zu vollenden? Ueber diese Streitfrage entschied das Breslauer Gewerbegericht in nachstehender Klagesache: Ein Bauarbeiter klagte gegen einen Hausunternehmer wegen ungerechtfertigter Entlassung auf Zahlung einer Lohnentschädigung für eine Woche in Höhe von 18 Mk., weil er wegen seiner Entlassung eine

Woche arbeitslos geblieben sei. Der Kläger war von dem Beklagten s. Z. gegen Wochenlohn engagirt; um Zeit zu sparen und damit Geld, verlangte nun der Beklagte von dem Kläger, daß er, nachdem er eine Zeit lang gegen Wochenlohn gearbeitet hatte, fortan gegen Akkordlohn arbeiten sollte. Da aber die Arbeit eine recht mühsame war, so wollte der Kläger dieselbe im Akkordlohn nicht verrichten, sondern verlangte, daß er im Wochenlohn weiter beschäftigt würde. Daraufhin wurde er ohne Kündigung aus der Arbeit entlassen, und dies war die Ursache der Klage. Das Gewerbeamt hierbei zu folgender Entscheidung: Der Beklagte wird zur Zahlung von 18 Mk. Wochenlohn kostenpflichtig verurtheilt, denn das Gewerbeamt sei der Ansicht, daß der Kläger, nachdem er gegen Wochenlohn beschäftigt war, eine Arbeit gegen Akkordlohn nicht zu übernehmen brauchte. Die wegen dieser Weigerung erfolgte Entlassung erkennt das Gewerbeamt für ungerechtfertigt, und sei deshalb der Klageanspruch des Klägers begründet.

Vermischtes.

Die vereinigten Gewerkschaften Pforzheims befinden sich in dem „Gasthaus zum goldenen Löwen“, hiesige Karl-Friedrichstr. 67, ein eigenes Verkehrslokal nebst Herberge. Nach der jüngst vollendeten Herstellung des Saalgebäudes und vollständigen Renovirung des Anwesens, dürfte dies nunmehr allen Ansprüchen genügen, die man an ein Arbeiterheim stellen kann. Im Parterre ist das Restaurant, das Fremdenzimmer und ein Nebenzimmer, im Hinterhause eine Regelbahn eingerichtet, während sich Festsaal, Vereinslokalitäten, Beso- und Bibliothekraum im ersten Stockwerk befinden. Von da aus gelangt man zur Galerie, die zu Vereins- und Versammlungszwecken abgeschlossen werden kann, und zu den Schlafsälen, die gleich allen übrigen Räumen mit Dampfheizung versorgt sind. Durch Pforzheim reisende Gewerkschaftsmitglieder finden im „Löwen“ die beste Aufnahme.

Das Arbeitersekretariat Nürnberg hat einen dritten Beamten angestellt, und zwar tritt am 1. Januar Genosse Dr. Adolf Braun als solcher ein.

Ein Arbeitersekretariat tritt vom 1. Januar ab auch in Altenburg in Thätigkeit. Sekretär desselben ist Genosse Har dt, der in letzter Woche das Arbeiter-Sekretariat Nürnberg zum Zwecke des Studiums besuchte.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Essen legte die Liste der Fabrikanten mit 1618 Stimmen über die Liste der Gewerkschaften, auf die 1173 Stimmen fielen. Bei der vorigen Wahl brachten es die Gewerkschaften auf 1290, die Gegner auf 2200 Stimmen. Die Wahlbetheiligung war sehr schwach. Von 15029 Wahlberechtigten wählten nur 2790. — An diesem Resultat zeigt sich so recht der schädliche Einfluß des Pfaffenthums, das die Arbeiter geistig dummlehrt, damit sie ihren eigenen Interessen ins Gesicht schlagen. Da gilt es für unsere Freunde noch ein schweres Stück Arbeit zu leisten.

Gewerbeinspektorat und Arbeiterorganisationen. Im Landtage von Neuß j. L. hatte Genosse Wetterlein in seiner Rede über die Gewerbeinspektion ausgeführt:

Der Klage über den Mangel an Führung mit den Arbeitern würde dadurch abgeholfen, wenn der Beamte offiziell mit den Arbeiterorganisationen aller Art in Verbindung träte. In Süddeutschland hätte dieses Verhältnis schöne Resultate gezeitigt. Man solle sich in dieser Beziehung nicht nach Preußen richten, wo der Geist des Königs Stumm regiere, der es nicht zulasse, daß die Gewerbeinspektoren mit den Arbeiterorganisationen direkt verkehren.

Darauf erklärte der Regierungsovertreter Staatsrath v. Findeber:

„Auch dem Ministerium ist es ganz recht, wenn der Gewerbeinspektor mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung tritt.“

Das ist ein weiteres amtliches Zeugniß für den großen Nutzen der Arbeitervereine, und um so beachtlicher, als es von der Regierung eines industriell hoch entwickelten und in seiner Mehrheit sozialdemokratisch gestimmten Landes ausgestellt wurde.

Letzte Gemeindevortreter. In einer weisfälligen Mittelstadt hatten sich kürzlich die Stellmacher, Schmiede, Sattler, Klempner und andere Handwerker zusammengesetzt, um vom Magistrat eine Unterstützung für die dortige Fortbildungsschule zu erlangen. Der Magistrat war auch bereit, dem Gesuche stattzugeben, mußte die Angelegenheit aber der Gemeindevortretung unterbreiten. Hier nun beantragte eine geschlossene Abtheilung der Stadtväter, die Vorlage kurzer Hand abzuweisen, und zwar aus folgenden Gründen, welche gewiß würdig sind, der Mit- und Nachwelt überliefert zu werden:

- 1) Es sei nicht gut, wenn alle Handwerker gar zu viel lernen, es wolle nachher Niemand mehr arbeiten, und Arbeiter müsse man doch behalten.
- 2) Der preussische Staat gehe noch an der Bildung seiner Bürger zu Grunde. (!)
- 3) Die gewerblichen Fortbildungsschulen züchten Sozialdemokraten.
- 4) Die dort erworbene Bildung komme der Sozialdemokratie zu Gute.
- 5) Eine Tracht Prügel mit dem Ende einer Dachlatte sei den Schelmingen besser als der Besuch einer Fortbildungsschule.
- 6) Man müsse die Bewilligung der notwendigen Mittel ablehnen, damit man „oben“ auch merke, wie man in der Bürgererschaft über solche Schulen denke.

Nun wissen wir doch endlich einmal, bemerkt die Fachztg. f. Blechbearbeitung und Zinnschmiederei, wohin der Bildungsdrang führt. Weg also mit den Schulen, und her mit der Dachlatte, diesem vortrefflichsten aller Erziehungsmittel! Recht betrübend ist es, daß sich die Mehrheit der Gemeindevortretung nicht bis zur Höhe der vorstehend mitgetheilten Weisheitsfuge aufschwingen konnte. So steht denn zu befürchten, daß die Fortbildungsschule, dieses Satansinstituts, trotz aller Warnungen einsichtsvoller Männer, die erbettene Unterstützung erhalten wird.

Ein Blick auf den Kalender wird unsere Leser überzeugen, daß wir zu Ende des neunzehnten Jahrhunderts leben. Man könnte beinahe daran zweifeln.

Errorismus. „Der Eisenhändler“ veröffentlicht folgende Zuschrift: „Ich habe eine kleine Drahtstiftfabrik, die

nicht des Ruhens halber, sondern um die wenigen Arbeiter, die noch vorhanden sind, bis an ihr Lebensende zu beschäftigen, betrieben wird. Ich habe nun vor kurzem Draht bestellt, und erhalte von der Fabrik die Nachricht, daß sie mir die Lieferung des Drahtes verweigert, weil sie dem Verband der Drahtstiftfabrikanten beigetreten ist, und zwar so lange, als ich diesem Verbande nicht beigetreten bin. Die Statuten des Verbandes, die mir zugesandt wurden, enthalten so viel bezwungene Bestimmungen, daß ich mir lieber meine Freiheit wahren will und trete ich dem Verbande nicht bei. Ich ersuche Sie ergehen, mir, wenn möglich, zwei oder drei Fabriken, die Draht zu Drahtstiften tauglich fertigen und die nicht bei dem Verbande sind, zu nennen, damit ich meinen Bedarf dorthin zu decken in der Lage bin und meine Arbeiter weiter beschäftigen kann. Die Arbeiter dieser Fabrik werden also an freiwilliger Arbeit gehindert. Außerdem liegt eine Verletzung gegen § 153 der C.-O. darin, daß der Fabrikant durch die Nichtlieferung des Drahtes veranlaßt werden soll, dem Untermehrer beizutreten. Wenn ein Arbeiter einen Kollegen deshalb schief ansieht, weil er nicht der Organisation beigetreten ist, dann ist Klags der Staatsanwalt hinter ihm her.

Die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaftler frechen bekanntlich bei Uneingeweihten immer mit der Behauptung, die Gewerkschaften ständen unter dem Terrorismus der sozialdemokratischen Partei, und die guten Leute werden regelmäßig sehr aufgebracht, wenn man ihnen dann sagt, daß sie selbst den Schwanz der „freisinnigen“ Partei bilden und von dieser unzuverlässigsten aller politischen Parteien sich gebrauchen und mißbrauchen lassen. Ja, sie schwören Stein und Bein, daß dies nur eine Verleumdung der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftler sei, da sie sich von jeder Gemeinschaft mit irgend einer politischen Partei strikte fernhalten. Demgegenüber nimmt sich nun ein Siegesbericht in dem Hirsch-Dunckerischen Verbandsorgan: Der Gewerksverein, in Bezug auf die letzten preussischen Landtagswahlen zum Mindesten sehr sonderbar aus. In der Nr. 49 des genannten Blattes heißt es nämlich unter Wochenschau fest gedruckt: „Ein zweiter hochfreakulicher Erfolg unserer Organisation bei den preussischen Landtagswahlen ist zu verzeichnen...“ und nun wird berichtet, daß der Medakteur Goldschmidt in den Landtag gewählt worden ist. Goldschmidt war der Kandidat der freisinnigen Volkspartei und seine Wahl wird als „Sieg des Gewerksvereins“ bezeichnet! Besonders charakteristisch ist es, daß mit einem „Sieg“ geprahlt wird, der auf Grund des miserabelsten aller Wahlergebnisse „errungen“ wurde.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 13. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Nickerer. — Vom Mikrowitz und seine Weltanschauung. In seinem hundertjährigen Geburtstag. Von M. Herr. — Zur Zusammenbruchstheorie. Von Heinrich Cunow. (Fortsetzung). — Politik und Religion in den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Von Fr. Forster. — Litterarische Rundschau. — Feuilleton: Aelterliche Streifzüge. Von Franz Wehring. (Fortsetzung.)

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Bergedorf. Am 7. Jan. Kartellbericht. Wahl der Delegierten und Stellvertreter zum Gewerkschaftskartell. Abrechnung vom 4. Quartal 1898. Stellungnahme zur Konferenz in Hammünster.

Berlin. Sonntag, 8. Jan., Vorm. 10 Uhr, außerordentliche Generalversammlung in der Brauerei „Friedrichshain“. Stellungnahme zur Generalversammlung in Halle a. S. Aufstellung von Kandidaten zur Delegiertenwahl.

Berlin. Vertrauensmännerkonferenzen: Für **Wobbit:** Sonnabend, 7. Jan., bei Fischer, Poststr. 9; für den **Westen, Schönberg und Tempelhof:** Mittwoch, 11. Jan., bei Werner, Bülowstr. 59.

Bremen. Sonnabend, 7. Jan., Abds. 9 Uhr, im Vereinshaus, Pantenstr. 21/22. Anträge zur Generalversammlung. Aufstellung des Kandidaten zu derselben.

Carlsruhe. (Sektion der Formner.) Samstag, 7. Jan., Abds. 8 Uhr, im Lokal Arbeiterlosenunterstützung. Wahl der Delegierten zur Landeskonferenz.

Darmstadt. Unsere Versammlungen finden jeden 1. und 3. Samstag im Monat in der Zentralherberge („Gold. Pfau“), große Lohngasse 15, statt.

Essen. Sonnabend, 31. Dez., bei Eilenberg.

Eisenach. Freitag, 30. Dezember.

Frankenthal. Samstag, 31. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Bergand, Weichgasse 33. Anträge zur Generalversammlung. Vorschläge eines Delegierten hierzu. Wahl eines Delegierten zur Konferenz in Karlsruhe. — Wegen Uebergabe der Bibliothek sind sämtliche entliehenen Bücher abzuliefern.

Freising. Sonntag, 1. Jan., Vormittags 10 Uhr, beim Jägerwirth: Abrechnung über die Christbaumfeier. Bericht über die süddeutsche Konferenz. Vorschläge zu einem Delegierten zur Generalversammlung. Wahl der Ortsverwaltung.

Hannover. (Allg.) Sonnabend, 7. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im Saale des „Hollsteins“.

Hildesheim. Sonnabend, 7. Januar, Wahl der Ortsverwaltung.

Karlsruhe. (Allg.) Samstag, 7. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Kalbach. Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung. Stellungnahme zur Generalversammlung.

Ziel. (Weide Sektionen.) Mittwoch, 4. Jan., Abends 8 Uhr, bei Alrens, Alte Reide 8, unterer Saal. Der Antrag des Hauptvorstandes auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung der Beiträge. Referent: Wiffel. Aufstellung eines Kandidaten für die Generalversammlung.

Kasselbericht.

Köln und Umgegend. (Sektion der Feilenhauer.) Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, bei Päß, Giergasse.

Landshut. Samstag, 7. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im „Schwabl“. Wahl der Ortsverwaltung. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung.

Ludensweiler. Montag, 2. Januar, bei D. Schulz, Beeligerstraße 34.

Mühlheim a. Rh. Montag, 2. Jan. Neuwahl der Ortsverwaltung. Wahl eines Delegierten zur Konferenz nach Belber. Verlegung des Vereinsabends.

München. (Sektion der Spengler.) Samstag, 7. Jan., Abds. 8 Uhr, im „Müllerbad“. Anträge zur Generalversammlung. Aufstellung eines Delegierten zu derselben. — Die Bibliothekbücher sind zur Revision einzuliefern.

Münsterberg. (Sektion der Schmiede u. d. B.) Samstag, 7. Jan., Abds. 8 Uhr, im „Jannerthal“, Schildgasse 4. Jahresbericht des Vorsitzenden. Kassenbericht. Vortrag über Arbeitslosenunterstützung.

Nürnberg. Samstag, 7. Jan., Abends präzis halb 9 Uhr, im „Gold. Löwen“. Abrechnung vom 4. Quartal. Konferenz der hiesigen Landesorganisation in Karlsruhe, ev. Wahl von Delegierten. Stellungnahme zur Generalversammlung. Arbeitslosenunterstützung.

Reutlingen. Sonntag, 8. Jan., Vormittags 10 Uhr, bei Köpfer, z. Gerberthor. Wahl eines Delegierten für die Konferenz in Stuttgart. Anträge zur Generalversammlung. Wahl eines Delegierten für die Generalversammlung.

Welfert. Samstag, 7. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Wittwe Kotterscheid, Neustr. 26. Abrechnung vom 4. Quartal. Bericht über das verfloßene Jahr. Sämtliche Bücher der Bibliothek müssen zur Revision abgeliefert werden.

Wiesbaden. (Allgem.) Samstag, 7. Jan., im „Schwablacher Hof“. Bericht und Neuwahl der Verwaltung.

Wittdorf. Samstag, 7. Jan., Abds. 8 Uhr. Abrechnung vom 4. Quartal 1898. Wahl der Gesamtverwaltung. Vorschlag eines Delegierten zur Generalversammlung.

Berlin. Sonntag, 15. und Sonntag, 29. Jan., je eine Kranienvorstellung. Karten à 70 A im Bureau, Innenstr. 39, erhältlich; sämtliche Kassierer nehmen Bestellungen entgegen.

Berlin. Den **Charlottenburger** Mitgliedern zur Kenntnis, daß vom 7. Januar ab die Zeitungskolportage eingestellt wird. Die Mitglieder sind von diesem Tage an gehalten, ihre Zeitung von einer der nachstehenden Zahlstellen selbst abzuholen:

Pasche, Potsdamerstr. 44,
Seder, Bismarckstr. 74,
Homuth, Krummestr. 41,
Brechtel, Kepler u. Saarmunderstr. Ecke.

Ebenfalls sind die Beiträge zu entrichten.

Carlsruhe. (Sektion der Formner.) Den Kollegen zur Nachricht, daß vom Januar ab der Beitragssammler in Wegfall kommt. Die Zeitung wird durch die gewählten Vertrauensleute verteilt, die Beiträge können nur im Lokal am 1. und 3. Samstag eines jeden Monats entrichtet werden.

Chemnitz. Folgende Mitgliedsbücher liegen bei mir und erlaube, dieselben baldigst abzuholen. 270896 für Jüder Endesfelder, Handarbeiter aus Gablenz. 270722 für Hugo Hermann Thiele, Mechaniker aus Leipzig-Solkmarzdorf. 273899 für Herrn. Richard Jäckel, Schlosser aus Dörsch. 102154 für Otto Herfurth, Schlosser aus Marbach. 270708 für Paul Starke, Schlosser aus Raasdorf. 270704 für Herrn. Köpfer, Hilfsarbeiter aus Raasdorf. 284439 für Erwin Kaiser, Dreher aus Altenberg. 284439 für Fr. Ernst Max Richter, Polierer aus Augustsburg. 284478 für Otto Katjch, Schleifer aus Chemnitz. 256777 für Jul. Möhle, Klempner aus Braunschweig. 93674 für Georg Weber, Klempner aus Nürnberg. 203187 für Willy Bode, Stänger aus Berlin. Die letzteren drei erlaube ich noch, baldigst ihre Verbindlichkeiten zu begleichen. Robert Krause, Chemnitz, Volkstr. 14, pr.

Eisenach. Sonntag, 8. Januar, im „Eibol“ Stiftenungsfeier.

Hannover. Nachverzeichnete Mitglieder der allgemeinen Fernunterschiede Hamburg werden aufgefordert, folgende der Bibliothek der Sektion entnommenen Bücher zurückzuliefern: Otto Louis, B.N. 104940, geb. 24. Febr. 1878 zu Siebichenstein (Das Kapital von Marx). Hermann Klepisch, B.N. 174650, geb. 24. Februar zu Brandenburz, eingetr. 15. September 1898 (Hanns Werke II). Johann Silers, B.N. 63575, geb. 8. Februar 1875 zu Buldorf (Das Menschensystem von Forst). Johannes Vock, B.N. 42452, geb. 13. März 1844 zu Siedel (Dumfries Wege I).

Leer. Adressen: Besolin; Gerhard Klunz, Blinte; Kasser: Chr. Albers, Gr. Köpferstr. 7; Verbandslokal: Gephof „Germania“, Pferdemarkt.

Leipzig. Am 1. Jan. Weihnachtsfeier mit Tanz Koburger Hof. — Alle Bezirkdelegierten werden erjudt, ihre Sammelbücher zur Kontrolle an den Unterzeichneten baldigst einzuliefern.

Otto Reide, Bevollmächtigter, Koburger Hof, Windmühlentstr. 11, 1.

Leipzig-West. Unterstützungsfonds der Metallarbeiter. Bevollmächtigter Ferdinand Mahlig, Formner, Lindenau, Deumeringstr. 74, II., nimmt Beiträge entgegen Abends von 7 Uhr ab. Der Bezirk Leipzig-West umfaßt die Ortsteile Lindenau, Plagwitz, Klein- und Großgörscher, Leutzsch und sämtliche weislich gelegenen Orte und wollen dies die Kollegen bei jeder Gelegenheit beachten.

Leipzig-West. Sonnabend, 14. Januar, Familienunterhaltung im Saale der Gesellschaftshalle.

Leipzig-West. (Eingelmitgl.) Bevollmächtigter des deutschen Metallarbeiterverbandes: Joh. Seyeb, Lindenau, GutsMuthstr. 50, vermittelt den Verkehr der Einzelmitglieder mit dem Hauptvorstand, nimmt An- und Abmeldungen entgegen Mittags von 12-1 Uhr, Abends von 7 Uhr ab, desgleichen Sonnabends von 1/2 9 Uhr ab im Verkehrslokal Restaurant Weiske, Karl Heinestraße. Das Agitationskomitee der Metallarbeiter Leipzig-West besetzt aus nachbenannten Kollegen: Otto Hoffmann, Lindenau, Lützener Straße 45, III., Otto Reichert, Leutzsch, Hauptstr. 84, I., Anton Hidding, Lindenau, Josephstr. 49, I. Alle Beschwerden und Klagenlagen sind bei dem Vorsitzenden, Kollegen Hoffmann, anzubringen.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Adresse des Bevollmächtigten: Joh. Behringer, Lullmann 341; des Kassiers: Hans Reier, Felsenstr. 8. — Die Mitglieder werden

erjudt, alle Bücher von der Bibliothek behufs Revision einzuliefern.

Pieße a. d. Elbe. Sonnabend, 31. Dez., Abends 8 Uhr, im Schützenhaus, Sylvester-Feier, bestehend in Konzert und Tanz nebst Sylvesterbaum-Verlosung.

Stuttgart. (Allgem.) Vom 1. Januar ab wird das Reisegeld auf dem städtischen Arbeitsamt, Schmale Straße 11, Vorm. von 8-9 Uhr und Nachmittags von 3-6 Uhr ausbezahlt. Verkehrslokal und Herberge bleibt wie bisher im Gewerkschaftshaus zum „goldenen Bären“, Eplingstraße 17-19.

Stuttgart. (Sektion der Formner.) Sonntag, 8. Jan., Vormittags 10 Uhr, bei Vogel. Von Nachmittags 3 Uhr ab Winterunterhaltung im „Arbeiterheim“.

Öffentliche Versammlungen.

Chemnitz. Donnerstag, 5. Jan., Abends 9 Uhr, Metallarbeiterversammlung im „Schützenhaus“, Schützenstraße. Die Arbeitslosenunterstützung. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung.

Leipzig. Am 6. Jan. (Hohen-Neujahr), Nachm. 3 Uhr, im „Koburger Hof“, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Vortrag von Herrn Dr. Sorge über: Das Verhältnis der ethischen Bewegung zur Arbeiterbewegung. Event. Wahl eines Landeskomitees zur Landeskonferenz. Gewerkschaftliches.

Privat-Anzeigen.

Der Nabler Hermann Loos wird um Angabe seiner Adresse gebeten. — Edmund Wiegand, per Wdr. Ernst Lippert, Lennep-Preßböge, Nfld. [291]

Johann Sudweg Schlosser, um Deine Adresse ersucht dringend Dein Bruder **Heinrich Sudweg**, Braunschweig, Kreuzstr. 82. Kollegen bitte ev. um Mittheilung. [290]

In **Regensburg** ist eine alte, gut gehende **Feilenhausrrei** unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Gest. Anfragen unter **J. B. 77** Hauptpostlagernd Regensburg erbeten. [293]

Restaurant Emil Weiske

Leipzig-Lindenau, Carl Heinestraße 70 (Verkehrslokal der Metallarbeiter L.-West) empfiehlt allen Kollegen und Genossen seine freundlichen Lokalitäten. Für gutes Bier, kräftigen Mittagstisch mit Bier und kalte Speisen ist immer bestens gesorgt. Gleichzeitig wünschen ihren Gästen ein frohes Neujahr! [292] Familie Weiske.

Zum Schutz der Organisation

gründete sich am 18. März 1891 nach dem 16wöchentlichen Kampfe der Tabakarbeiter um ihr Koalitionsrecht die **Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg.** Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein anständiger Lohn bezahlt; bei einer evtl. Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisationen. An Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftskartelle, Arbeiter-Konsumvereine evtl. direkter Verbandt zu Engros-Preisen, Vertreter erhalten Provision. [278]

Achtung!

Für Dreher, Dreherlehrlinge, Drehermeister empfehle zu **Unerkannths- und Verjährungsgegenständen** meine alleseitig anerkannten Gewinberechnungen M. 1,35, Konsumberechnungen M. 1,30, Gewindevorträge 30 A, Räderkalas 15 A, Messingstäben für Supportmaß 50 A, Nachschlagebüchlein für Offertbriefe nebst Litteraturverzeichnis 50 A. Zusammen M. 4,10. An Wiederverkäufer zur Probe M. 2,75. — Ferner empfehle: Spitze Gewindeleeren 80 A, Flachgewindeleeren M. 1,20, Stahlgliedermaßstäbe für M. 1,40 und M. 1,60 Schieb-leeren Nr. 3 200x55 M. 3,75, 210x65 M. 4, 250x70 M. 4,55, 300x95 M. 6,50; mit Mikrometerstreife für M. 8,20, 8,80, 9,80. Holzgliedermaßstäbe (Dube) atschfähig getheilt 80 A usw. Prospekte gratis. Vertreter werden für alle Fabriken, Werkstätten angenommen. Garantie für vollständige Selbsterlernung. Auch durch alle Vereinsvorstände zu beziehen. Feine Anerkennungen.

Aug. Loos, Siebichenstein-Halle a. F. 277] NB. Obiges eignet sich auch für Verlosungen aller Art.

Arbeits-Anzüge

für **Maschinisten, Heizer, Schlosser u.** einfarbig, praktisch, dauerhaft. **Pilot I** M. 5,80, **bl. Leinen** M. 4,50, **II** 4,75, **Haustuch** 3,20, **Hosen in Wolle** (deutsch Leber) M. 2,25, 2,80, 3,60, 4,00, 4,50, 5,00, **Lindener** 8,00, empfiehlt die **Reiderfabrik** von

R. Postelt, Seiffenrersdorf i. S.

Bei Bestellung ist die Brustweite der Jacke und die **Leiten- wie Schrittlänge** der Hosen anzugeben. Bei Bezug von 3 Stück Frankfurterlieferung gegen Nachnahme. Muster auf Wunsch jederzeit zu haben. [269]

Fachschriften u. Lehnbücher für Handwerker u. Gewerbetreibende Kataloge gratis u. franko. **JOH. SASSENBACH, Buchverlag-BERLIN** [20]